

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

134 (12.6.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postschalter monatl. 1.80 M., vierteljährl. 5.00 M., zugestellt durch unsere Träger monatl. 1.40 M., vierteljährl. 4.20 M.; durch die Post 1.44 M. bezw. 4.33 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Werttag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Solonzeile od. deren Raum 25 A., zuzügl. 30 % Zeilenzugschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/29 vorm., für größt. Aufträge nachm. zwor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Das Räteystem in der Reichsverfassung.

Von Dr. Emil Kraus, M. d. L.

Am 2. Juni wurde vom Verfassungsaußschuß die 1. Lesung der neuen Reichsverfassung beendet. Das sozial-wirtschaftliche Räteystem wurde als Artikel 57 der Grundrechte des deutschen Volkes in der Verfassung verankert. Es ist hier nicht Zeit und Platz, alle die schwierigen und weitreichenden Fragen zu behandeln, die das Problem des Räteystems vor allem im Zusammenhang mit dem politischen Grundproblem der Demokratie dem staatspolitischen Denken stellt. Wir wollen verstanden, Kern und Wesen des deutschen Räteystems zu verstehen und dann die staatsrechtliche Form, die jetzt das Räteystem in der neuen Verfassung gefunden hat, im Einzelnen durchdenken versuchen.

I.

Es ist nicht leicht, sich durch alles das, was seit Ausbruch der Revolution über das Räteystem geredet und geschrieben worden ist, zu einem klaren Begriff des Wesens, vor allem von den inneren Ursachen und der praktischen Durchführung anzulassen. Sindurcharbeiten. Alle Versammlungen und Kongresse, die sich mit der Rätefrage befaßt haben, vor allem auch der zweite Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands in Berlin, haben gezeigt, wie unklar und wirr der Rätegedanke in den Köpfen der Massen und auch ihrer Führer ist, und wie fast aussichtslos es ist, aus all den verschiedenen oft sich widersprechenden Anschauungen eine Form herauszufinden, die im-gemäßen Diskretion und praktisch lebensfähig ist, ohne an den elementaren Lebensnotwendigkeiten des modernen Staates und seiner Weltwirtschaft zu scheitern. Um die Bedeutung des Rätegedankens richtig erfassen zu können, muß man die deutsche Revolution des 9. November 1918 erst einmal ganz richtig verstehen lernen. Es ist richtig: Diese Revolution war zunächst der militärische und politische Zusammenbruch des alten Deutschlands unter dem Druck des aller-jährigen und wirtschaftlichen Kräfte überspannenden 4 1/2-jährigen Krieges gegen eine Welt von Feinden. Und es ist recht gut, gerade diese negative Seite der Revolution sich immer wieder klar zu machen und den furchtbaren Zusammenbruch, den wir erlebt haben, nach allen Seiten und in seiner ganzen Tragweite richtig einzuschätzen. Aber keine große Revolution ist mit negativ, ist nur etwas Niederziehendes. Jede Revolution bedeutet neben dem Zusammenbruch eines alten und sonst gewordenen Alten zugleich den siegreichen Durchbruch eines Neuen, Aufstiegsstrebendes. Und dieses Neue der Novemberrevolution gibt es von den spezifisch deutschen geschichtlichen Voraussetzungen her zu verstehen.

Rein politisch war die Revolution, das Erringen der freien Demokratie, der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes. In wenigen Stunden waren alle Kronen des alten Deutschland in den Staub geblasen, war die alte feudale Herrschaft des Gottesgnaden-Fürstentums zusammengebrochen. Die Umwandlung Deutschlands aus einem monarchisch-konstitutional. Beamtenstaat in einen demokratischen Freistaat vollzog sich vornehmlich in den entscheidenden Epochen und Grundlagen mit geradezu verblüffender Selbstverständlichkeit. Man hat mit Recht auf den inneren weltgeschichtlichen Zusammenhang mit den revolutionären Weltumwälzungen des englischen, amerikanischen und französischen Volkes hingewiesen, darauf, daß nun doch die rote demokratische Welle des Westens, gegen welche die „Bismarckische Politik“ sich mit allen Mitteln stemmte, über Deutschland hinweggebraut ist. Aber darüber hat man meist übersehen, daß die deutsche Revolution doch wieder etwas eigenartig Neues in der Weltgeschichte sein will, und daß die Demokratie, welche die revolutionären Massen des 9. November erstritten und erkämpften, sich von den westlichen Demokratien Frankreichs und Amerikas in wesentlichen Zügen unterscheidet.

(Daher auch, um nur nebenbei zu bemerken, zum Teil das sich nicht-Verstehen der beiderseitigen Demokratien in den Verhandlungen von Versailles!) Gerade diesen weltgeschichtlichen Unterschied gibt es klar zu erfassen, will man nicht einseitig idealtypischer und allen brennenden politischen Tagesfragen verständnislos gegenüberstehen. Die französische Revolution war der Kampf des dritten Standes, der allmählich reich und wohlhabend gewordenen Bourgeoisie gegen die Meinherrschaft des Monarchen, des Feudaladels und der hohen Klerikalfürsten. Sie ist die rein formale politische Demokratie, das rein quantitative Repräsentativsystem. Den innerlich organischen qualitativen Volkswort hat die französische Revolution nicht geschaffen und damals gar nicht wollen können. Im Deutschland des Jahres 1918 lagen ganz andere politische und wirtschaftliche Voraussetzungen vor. Hier rang nicht eine liberale kapitalistische Bourgeoisie um ihre demokratischen Menschenrechte. — Die bestehenden Kräfte waren in Deutschland schon längst zu Recht und Einfluß gelangt; über rang das kapitalistische Lohnarbeiter-Proletariat des modernen Finanzkapitalismus, das allzusehr unter dem Druck und Glanz dieses kapitalistischen Weltkrieges gelitten hatte, nach Umgestaltung des bestehenden Wirtschaftssystems, nach Lösung seiner ganzen menschlich-sozialen Lage, nach Mitbestimmung in wirtschaftlicher Produktion und Organisation einschließlich seiner Bedeutung als die Werte schaffende Klasse im Staate; mit einem Wort: Das werktätige Volk rang um die soziale Demokratie. Das ist der

eigentlich neue, positiv schöpferische Weltgedanke der deutschen Revolution, nur unter diesem Gesichtspunkt sind die ganzen revolutionären Bewegungen der letzten Monate zu verstehen und zu werten. Und man eines gleich vorweg zu nehmen: diese soziale Revolution wird nicht eher zur Ruhe kommen, als bis diese soziale Demokratie Wirklichkeit geworden ist.

Unter eben diesem Gesichtspunkt muß auch der Ruf nach dem Räteystem verstanden werden. Das werktätige Volk — und nicht nur es, sondern auch weite Kreise unserer bürgerlichen Intelligenz — hatte erkannt, daß der Rahmen der alten Parlamentsdemokratie zu eng ist für die Grundbedürfnisse unserer sozialen Zeit, daß diese Demokratie noch wesentlich mehr auf dem bloßen „Regieren von oben herab“. Aber aus dem ökonomischen Klassen- und Herrschaftskampf sollte jetzt der demokratische Sozialstaat werden, ein in sich organisch aufgebautes System zusammenhang von wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern, in dem die Arbeiterkräfte neben und zusammen mit dem Unternehmer und der technischen Intelligenz die ihr als dem Produzenten zukommende Rolle einnimmt.

Demokratische Wirtschaftsorganisation und Sozialisierung, soziale Demokratie: Das war der Sinn der Revolution, das ist der Sinn des Rätegedankens! Das revolutionäre Proletariat will nicht betrogen sein durch ein rein nach Quantitätsmaßstäben bestimmtes Wahlrecht, durch ein rein formal-demokratisches Parlament; es will mitwirken und mitbestimmen. Es war das dunkle Gefühl der werktätigen Massen, daß nur diese grundsätzlich sozialistische Neuorganisation unserer Wirtschaftsverfassung die gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Fragen lösen könne, die der alte Staat trotz seiner Sozialpolitik und bis auch die liberalen Demokratien des Westens nicht zu lösen vermochten.

Leider erkannte man an maßgebender Stelle, vor allem auch in der führenden Parteipresse nicht rechtzeitig dieses Bewußtsein und Notwendigkeit im Rätegedanken, man schenkte ihm zu wenig Aufmerksamkeit und geistiges Durchdenken. So wuchs der Gegensatz zwischen der Demokratie und dem eigentlich revolutionären Massen von Tag zu Tag, und mit diesem Gegensatz ihre Unstimmigkeit, die noch genährt wurde, durch die trostlose soziale und wirtschaftliche Lage. Dazu kam, daß gewöhnliche Verhältnisse ohne Würdigung der realen Schwierigkeiten, jetzt sozialistisch aufzubauen, die Massen verhetzen, ihre Enttäuschung immer mehr steigern dadurch, daß sie ihnen gelobte Dinge verprochen. Der Ruf nach dem Räten wuchs sich schließlich zu in den Kampf um die Diktatur des Proletariats: Alle Macht den Arbeitern und Soldatenräten! Es folgte Streik auf Streik, Putz auf Putz, unsere wirtschaftliche Lage wurde mit jedem Tag trostloser.

Aber allerdings, es genügt nicht, immer nur vor jedem Schritt zur Sozialisierung vorzüglich zu warnen, immer nur auf das Glanz unserer wirtschaftlichen Lage hinzuweisen; es muß energisch ernst gemacht werden mit der Sozialisierung der reifen Umwälzungsperiode; es müssen neue Wege in der Lösung, Ernährungsfrage usw. eingeschlagen werden. Es hilft nicht da und dort zu flicken, wir müssen unsere ganzen wirtschaftlichen Grundlagen revidieren, unsere ganze Wirtschaftspolitik im sozialistischen Sinne neu orientieren! Nur wenn wir so praktische Arbeit leisten dürfen wir hoffen, daß bei den Massen wieder Ruhe und vernünftige Mäßigkeit einkehrt. Die Arbeiter müssen in praktischer Mitarbeit und Verantwortung lernen, daß mit der Diktatur kein sozialistischer Staat aufgebaut werden kann. Denn Sozialismus bedeutet nicht Ausschließlichkeit einer Klasse, sondern Gemeinschaftsrecht; Sozialismus bedeutet Mitarbeit und Mitbestimmung des Proletariats, entsprechend einer volkswirtschaftlichen Bedeutung!

Die Beratung der deutschen Gegen-vorschläge.

BRN. Paris, 11. Juni. Diplomatische Lage. Die Regierungsbotschaft begann am Dienstag mit der Prüfung der Schlussfolgerungen, die die Sonderauschüsse zu den verschiedenen Kapiteln des deutschen Gegenentwurfes eingereicht hatten. Am Vormittag wurde der Bericht der Schadenersatzkommission erörtert. Man scheint sich hier einer Lösung zu nähern, die den Vorschlägen der Sachverständigen Klotz und Rouquet entspricht, die sich gegen die Festlegung einer bestimmten Entschädigungssumme ausgesprochen haben, während die Amerikaner verlangen, daß in dem Vertrag die Zahl von 100 Milliarden Goldmark nebst Zinsen festgesetzt werden. Am Nachmittag hielten die Regierungsbotschaft eine kurze Sitzung ab, da Clemenceau sich in die Kammer begeben mußte. Die Besprechung befaßte sich mit den ungarischen Grenzproblemen.

Heute vormittag traten die Außenminister zusammen. Gramscis und Bratiansu werden in der Frage der ungarisch-österreichischen und der ungarisch-rumänischen Grenze gehört werden. — Clemenceau wird mit Entschiedenheit den französischen Standpunkt vertreten, wonach die endgültige Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund durchaus unerwünscht wäre, weil dadurch Sieger und Besiegte, Angreifer und Opfer, auf die gleiche Höhe gehiebt würden. Er werde betonen, daß mindestens eine bestimmte Frist abgewartet werden müsse, um die unrichtige friedliche Stimmung Deutschlands festzustellen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde diese Ansicht durchdringen. Inbetreff des polnisch-deutschen Grenzproblems habe eine Lösung bevorzugen, wonach eine Art gemischte Volksabstimmung durchgeführt werden soll. Man hofft, die Antwort auf die deutschen Gegen-vorschläge am Freitag den 18. Juni überreichen zu können. Die Ant-

wort wird voraussichtlich endgültiger Natur sein, und der deutschen Delegation wird keine Gelegenheit zur Diskussion mehr gegeben werden. Die deutsche Delegation wird eine Frist von höchstens 8 Tagen erhalten, um nach Berlin zu fahren, sich mit der Regierung zu besprechen und sodann die Antwort bekannt zu geben.

Die Antwort Deutsch-Oesterreichs.

BRN. St. Germain, 10. Juni. Nach einer Vorberatung hat Staatskanzler Klenner heute dem Ministerpräsidenten Clemenceau eine Note überreichen lassen, in der er den Mächten der Entente vorstellt, daß das deutsch-österreichische Volk durch die Bedingungen der unentbehrlichen Mittel zur Erhaltung seines Wirtschaftslebens und zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung beraubt wäre. Gegen ihren Willen würden mehr als 4 Millionen von 10 Millionen Deutsch-Oesterreichern einer feindseligen Fremdherrschaft unterworfen. Der neue Staat könnte nur ein Viertel der für seine Bevölkerung notwendigen Nahrungsmittel selbst erzeugen. Er müßte jährlich 12 Millionen Tonnen Kohlen kaufen. Er könnte die notwendige Einfuhr nicht durch Ausfuhr decken, weil ihm mit den deutschen Gebieten Böhmens, Mährens und Schlesiens fast alle Exportindustrien entzogen werden. Gleichzeitig würde sein Transportwesen finanziell und betriebstechnisch ruiniert werden. Mit dem Verlust der deutsch-böhmischen Wälder und Südtirols entfallen auch die ausländischen Zahlungsmittel aus dem Fremdenverkehr. Die Einfuhren würden nicht zu bezahlen sein. Die Note weist ferner darauf hin, daß Deutsch-Oesterreich infolge der finanziellen Friedensbedingungen darauf angewiesen sei, sich so bald als möglich, Nahrungsmittel, Kohle und andere Waren aus den auf dem Boden der Monarchie existierenden Staaten zu beschaffen, was wenigstens zum Teil durch Ausfuhr der deutsch-österreichischen Industrieerzeugnisse geschehen könnte. Die neuen Staaten hätten aber nach den Friedensbedingungen kein Bedürfnis zu Bezügen mit Deutsch-Oesterreich. Auch eine Bezugsung der unentbehrlichen Erzeugnisse der neuen Staaten mit dem Deutsch-Oesterreich noch verbleibenden Kapital wäre infolge der Friedensbedingungen undurchführbar. Der Umrechnungskurs für die Schulden der deutsch-österreichischen Staatsangehörigen werde so festgesetzt, daß sie ungefähr zweimal so viel zahlen müßten, als sie tatsächlich schulden und zugleich würde den neuen Staaten das Recht eingeräumt, alle Vermögen der Staatsbürger und Handelsgesellschaften Deutsch-Oesterreichs in ihren Gebieten zu beschlagnahmen.

Die Vernichtung Deutsch-Oesterreichs und die Entflechtung eines politischen und sozialen Anarchisierendes liege wohl nicht im europäischen Interesse und auch nicht im Interesse der alliierten und assoziierten Mächte. Aus den angeführten Gründen müßten die Friedensbedingungen sehr wesentliche und grundsätzliche Änderungen erfahren. Ueber die Regelung der territorialen Fragen würden schon in den nächsten Tagen von deutsch-österreichischer Seite Vorschläge gemacht werden, während man die wirtschaftlichen Anträge auf den Zeitpunkt vorbehalten werde, in dem alle darauf bezüglichen Artikel der Friedensbedingungen vorliegen. Die Note schlägt zur Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen die Schaffung eines besonderen Ausschusses unter dem Vorsteher von Delegierten der alliierten Großmächte vor, in dem auch Deutsch-Oesterreich mitarbeiten würde. Die Note erklärt zum Schluß: Wir können hierüber keinen Zweifel darüber lassen, daß die derzeitige deutsch-österreichische Regierung, die durch 6 Monaten unter den größten Anstrengungen die innere Ordnung und den äußeren Frieden des Landes aufrechterhalten hat, für die Folgen jener Friedensbedingungen eine Verantwortung zu übernehmen nicht in der Lage wäre.

Die ungarischen Fragen.

BRN. Versailles, 11. Juni. Bereits gestern nachmittags mußte der Biererrat, wie die „Chicago Tribune“ berichtet, in eine Erörterung über die ungarischen Fragen eintreten. Malarsch und Bratiansu, die zur Beratung zugezogen waren, erklärten, die ungarischen Volkswissenschaftler trügen die ganze Verantwortung für die Feindseligkeiten. Malarsch und Bratiansu protestierten gegen die vertraulichen Berichte, die beim Obersten Kriegsrat eingelaufen wären, und nach denen sich Ungarn anfänglich defensiv verhalten habe. Die Blätter wollen über die Frage nichts weiter mitteilen.

Tschechen und Magyaren.

BRN. Prag, 10. Juni. Tschecho-Slowakisches Presse-Büro: Das Landesverteidigungsministerium teilt mit: Gestern hat sich die Lage an der mittleren und westlichen Front sichtbar gebessert. Deutlich von Neutra nützten unsere Truppen die Erfolge ihrer gestrigen siegreichen Kämpfe aus. Sie drangen östlich von Komock, Neubäuel und Brebre vor, machten Gefangene und erbeuteten 6 Maschinengewehre. Bedeutende Verstärkungen des Gegners machten einen Gegenangriff bei Szarad, wurden jedoch zurückgeworfen und zerstreut. Auf der Linie Gran-Statina hat die Gruppe Suedarek Schennitz erobert und ist bis Mischol gelangt. Die Magyaren machten, ohne die von der Entente übergebene Note zu berücksichtigen, heftige Angriffe gegen den linken Flügel und die Mitte der Gruppe. Unsere Truppen leisteten heftigen Widerstand. In Ausführung der Regierungswünsche und in der Absicht, unsere Aktion ganz dem Willen der Entente zu unterordnen, hat das Oberkommando ohne Rücksicht auf die bedeutenden, bereits erzielten Erfolge unsere Offensivbewegung einstellen lassen.

Auch Ministerpräsident Hoffmann gegen die Einrichtung Lebins.

Berlin, 11. Juni. Wie die Abendblätter melden, hatte der bayerische Ministerpräsident Hoffmann aus der Schweiz ein dringendes Telegramm an das Ministerium geschickt, in dem er sich der Vollstreckung des Todesurteils von Lebins entschieden widersetze. Dieses Telegramm kam jedoch zu spät in München an. In einem weiteren Telegramm, wonach sich daher Ministerpräsident Hoffmann an die Münchener Unabhängigen, indem er ihnen von seinen Bemühungen Mitteilung machte und ihnen sein Bedauern über die sofortige Vollstreckung des Todesurteils von Lebins ausdrückte.

Badischer Landtag.

26. öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruhe, 11. Juni.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 4.15 Uhr.
 Im Eingang befindet sich eine Reihe Petitionen und Interpellationen, darunter eine Interpellation des Abg. Weisshaupt (Ztr.) u. Gen. betr. Schädigung durch die Sonntagsruhe im Handwerksbetriebe, ein Antrag des Abg. Red. Dem.) u. Gen. betr. Erhaltung der Fische im Hardtwald und Bepflanzung der Jagd im Hardtwald, eine Interpellation des Abg. König (Dem.) betr. Abbau der Volkswirtschaft, der Abg. Schöfer (Ztr.) u. Gen. betr. Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, der Abg. Schöfer (Ztr.) u. Gen. betr. Ueberemittlung der badischen und der deutschen Reichsverfassung, des Abg. Spang (Ztr.) u. Gen. betr. Heil- und Pflegeanstalt Westloch.

Zur Tagesordnung stehen verschiedene

Kurze Anfragen und Interpellationen.

Abg. Spang (Ztr.) fragt wegen des Anschlusses des Eisenbahnbetriebs Wertheim-Lauda an den Seibelsberger Schnellzug an. Der Regierungsvertreter weist auf die hohen Kosten hin, die eine Umstellung der Bäume erfordern würde. Der Wunsch kann daher zur Zeit leider nicht erfüllt werden.

Abg. König (Dem.) wünscht Absehung der Beratung über die der Gutheilung des Landtags vorbehaltene Verordnung vom 6. August 1918 über die Erhebung von Steuern für die staatliche Genehmigung zur Ausgabe von Reichsschuldberechtigungen usw., weil kein schriftlicher Bericht und kein Druck dieser Regierungsverordnung vorliegt und keine Erste Kammer zur Nachprüfung vorhanden ist.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) hält eine Vertagung in diesem Falle nicht für nötig, wenn auch in sonstigen Fällen ein schriftlicher Bericht erwünscht ist.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. König (Dem.), Schöfer (Ztr.), Lefer (Dem.), Muser (Dem.) tritt Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) für Absehung dieses Punktes von der Tagesordnung ein, wobei er den Vorschlag gegen das Einmühen zurückweist.

Die Beratung dieses Punktes wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Abg. Wittmann (Ztr.) fragt wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse im Zollausfuhrgebiet an.

Minister Kemmle teilt mit, daß die Frage im Ministerium des Innern und im Finanzministerium gründlich geprüft wurde. Der Zollausfuhr spielt im Frieden eine große Rolle. Die Staatskasse zahlte hierfür an das Reich jährlich 76 000 M. Das Zollausfuhrgebiet hat auch heute noch gewisse Vergünstigungen. Die Regierung bemühte sich der Stimmung der Bewohner weitgehend Rechnung zu tragen. So soll der Zollausfuhrverkehr erhalten bleiben, ebenso soll Zollvergünstigungen vom Finanzministerium zugewandt. Auch sollen ständige Verkehrsverbindungen, vor allem eine Autolinie geschaffen werden; evtl. später eine Bahn. Durch Einrichtung von Bahnhöfen soll die Bahnfrage erleichtert werden. Nach Abschluß des Friedensvertrages werden weitere Erleichterungen an und wird den Leuten, die ihr aus gewissen Gründen die Abkehr vom Vaterlande verweigern, energisch die Hilfe leisten.

Abg. Mager (Dsch.-Nat.) fragt betr. Vertretung der Holz- und Holzverarbeitungsverbände durch die Gemeinnützige Holzvertriebsgesellschaft an.

Minister Kemmle: Die Voraussetzungen zu dieser Anfrage entspricht nicht den Tatsachen. Die Holzverarbeitenden Handwerker sind in weitgehendem Maße herangezogen worden. Schon um das Holz vor Vernichtung zu bewahren, mußte aber ein Teil des Holz in größeren Mengen verkauft werden. Es ist nicht anzugehen, wegen einzelner Fälle den Handel auszuschließen. Besondere Maßnahmen zum Schutze des Handwerkes scheinen in dieser Sache nicht erforderlich, da diese ohnehin Vorzugspreise genießen.

Abg. Oberhardt (Ztr.) begründet seine Interpellation über das

Koalitionsrecht der Arbeiter

in der angefragt wird, ob der Regierung bekannt ist, daß in Mannheim eine Anzahl christlich organisierter Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur christlichen Gewerkschaft aus ihrer Arbeitsstelle mit Gewalt verdrängt wurden. Es ist festzustellen, daß bei Brown Boveri auch die mehrheitlich sozialistischen Arbeiter die Arbeit einstellen, um die christlich organisierten zum Uebertritt in den Deutschen Metallarbeiterverband zu zwingen, wenn auch die Mehrheitssozialisten erklärten, daß sie dieses Tun nicht billigen würden. Von freierwilliger Bestimmung ist in diesem Falle keine Rede. Zur Behauptung der Mannheimer „Volkstimme“, daß sich die christlich organisierten Arbeiter nicht kollegial verhalten haben,

möchte ich sagen, daß eine solche Behauptung bisher nicht aufgestellt wurde. Auf der Gegenseite liegt ein viel schwererer Akt der Unkollegialität vor. Auch bei Bopp u. Neuberger wurde dieser Tage ein ähnliches Ultimatum zum Uebertritt gestellt. Hierzu müssen wir Stellung nehmen und Verhaftung der Schuldigen verlangen. Es ist ein Akt der Gerechtigkeit, daß die von ihrer Arbeit verdrängten Arbeiter voll entschädigt werden.

Arbeitsminister Rüdert: Der Regierung ist der Fall von Brown, Boveri u. Co. bekannt. Die Regierung verurteilt scharf das Verhalten der Arbeiter und bemüht sich im Sinne des Schlichtungsausschusses tätig zu sein. Sie wandte sich an das Justizministerium und die Staatsanwaltschaft macht gegenwärtig Erhebungen zur Verhaftung der Schuldigen. Nachdem das Koalitionsrecht unter dem Schutze der Verfassung steht, sind die Mannheimer Vorgänge um so bedauerlicher. Ich habe feststellen lassen, daß sämtliche gewerkschaftlichen Instanzen das Vorgehen der Arbeiter von Brown, Boveri u. Co. ebenso scharf verurteilen als ich. Ich werde mit allen gesetzlichen Mitteln darauf hinarbeiten, daß die Firma die Arbeiter wieder einstellt. Ich hoffe, daß die Maßnahmen der Staatsanwaltschaft zum Erfolge führen, sobald das verfassungsmäßig gewährleistete Koalitionsrecht wieder gesichert wird.

Abg. Roth (Soz.):

Namens meiner Fraktion erkläre ich, daß wir das Vorgehen der Arbeiter von Brown, Boveri u. Co. nicht billigen; denn wir verurteilen jeden Terror, gleichgültig woher er kommt. Wir müssen jedoch bei all dem den Zustand berücksichtigen, in den die Arbeiter durch den Krieg — Drohung mit dem Schächengaden, Hunger und Elend — hineingekommen sind. Durch diese Verhältnisse wurden auch vernünftige Menschen beeinflusst. Die Maßnahmen des Vorgehen der Arbeiter nicht und entschuldigen es nicht. Die Hauptfrage ist jedoch, daß unser Volkstörper wieder zur Gesundheit kommt.

Abg. Muser (Dem.): Weniger schöne Worte auf den Standarten der Demonstrationen und etwas mehr Freiheit und Brüderlichkeit im Herzen. Gegenüber meinem Vortrager möchte ich betonen, daß es notwendig ist, daß wir uns entziehen, da eine flagrant Verletzung der Verfassung vorliegt. Wenn die Arbeiter in den besten Jahren viel gelitten haben, so haben sie doch kein Recht, anderen Leuten Leid zuzufügen. Die Arbeiter müssen sich fragen, ob sie durch solches Vorgehen nicht das Recht verstoßen, das sie einer besseren Gesellschaft zu sein. Sozialautokrat, Sozialtrümmen wäre ein besserer Name für diese Leute als Sozialdemokraten. Es ist festzustellen, daß dieses Vorgehen eine gewisse Frucht der Agitation ihres (zu den Sozialdemokraten) Erfurter Programmes ist, wenn ich auch zugeben muß, daß die Tendenz von der Mehrheit der Sozialdemokraten nicht gebilligt wurde. Es gibt Reaktionen von der rechten Seite und es gibt auch Reaktionen von der linken Seite. Diese Mannheimer Arbeiter sind Reaktionen und zwar schlimme, denn sie bischredizieren die Demokratie. Eine Transparenz der Staatsfinanzen für den Sachverhalt müssen wir jedoch wegen der Konsequenzen ablehnen. Das ist eine indirekte Prämie für den Terror wäre. Bei dieser Gelegenheit möchte ich erklären, daß wir uns durch keine Streikdrohung in unserer Haltung beirren lassen.

Abg. Hegelmair (Ztr.) bedauert, daß es notwendig wurde, diese Frage im Hause zu behandeln. Aber wir müssen feststellen, daß das ganze badische Volk die Mannheimer Taten verurteilt. Die Taten der Terroristen sollten auch von der sozialdemokratischen Presse scharfer verurteilt werden. Auch der Redner der Sozialdemokratie hätte sich scharfer gegen den Terrorismus wenden sollen. Bei den Arbeitsverbänden ist zu berücksichtigen, daß bei diesen politischen Gesichtspunkte keine Rolle spielen. Ich hoffe, daß die ehemaligen Gewerkschaftler in der badischen Regierung dafür eintreten, daß diejenigen bestraft werden, die das freie Koalitionsrecht vernichten. Das Staatsgericht dafür verwendet werden, um den Schaden in Mannheim wieder gut zu machen, lehnen auch wir ab. Dagegen muß die Firma Brown, Boveri u. Co. herangezogen werden. Ich möchte hierbei auch auf den Terrorismus hinweisen, den die radikale Sozialdemokratie an anderen Plätzen ansieht, wie vorige Woche in Offenburg.

Arbeitsminister Rüdert teilt mit, daß die Firma nach dem Rechtsstandpunkt nicht berechtigt war, die Leute zu entlassen. Sie ist deshalb, wie Abg. Muser bereits sagte, verpflichtet, die Leute zu entschädigen. Ebenso nimmt das Justizministerium die Stellung ein, daß der Staat nicht zu Schadenersatz verpflichtet sei. Was den Terrorismus betrifft, so kommt er insbesondere in Mannheim vor.

Abg. Forster (Soz.):

Die Freiozialisten haben in ihrem jahrzehntelangen Kampf oft ähnliche Dinge erleben müssen, wobei sie sich jedoch helfen mußten. Was in Mannheim zum Durchbruch kam, ist der alte Geist der Gewalt, der jahrhundertlang bei uns herrschte.

Dieser Geist ist verwerflich. Der Gedanke der Einheitsorganisation hat sehr viel für sich und die Arbeiterchaft hat dieses Ideal noch nicht aufgegeben. Ich kann mir denken, daß eine Entwicklung kommt, die einen Teil der Arbeiterorganisation übrig macht. Wir fragen in der Freiein Organisation nicht nach der religiösen oder politischen Ueberzeugung. Es gab Zeiten, wo Ihre (zum Zentrum) Anhänger und besonders die geistlichen Herren in der schlimmsten Weise gegen die Freiein Gewerkschaften kämpften. Wir wollen jedoch heute nicht darauf eingehen. An der Verurteilung der Mannheimer Vorgänge herrscht bei uns eine einstimmige Meinung und wir tun auch alles für ihre Bekämpfung. Ich kann mir denken, daß es bei großen Tariffragen nötig ist, keine Gruppen von Organisierten auszuscheiden. Darüber herrscht bei den christlich organisierten Gewerkschaften gleiche Meinung, wie bei uns, wie sich auch z. B. bei der Durchsicherung des Hilfsdienstgesetzes ergab. Um derartige Fälle wie in Mannheim abzuwenden, müssen alle Erziehungsmittel angewendet werden. Sobald der politische Terror abgewirkt hat, was bald der Fall sein wird, wird auch der Terror auf gewerkschaftlichem Gebiete bald aufhören. In den kommenden trübten Tagen wird der Gedanke Einheitsorganisation weiter fortgeschritten.

Abg. Riefer (Zentr.) stellt fest, daß es sich bei der Absicht der Gewerkschaften um Fragen der Weltanschauung und des Wirtschaftsprozesses handelt. Wir verurteilen es, wenn christliche Gewerkschaftler Terrorismusaussüben und dies müssen auch Sie (zu den Sozialdemokraten) tun.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.):

Die Begründung des Abg. Muser, daß das Erfurter Programm an diesen Dingen schuld sei, ist weit hergeholt. Schuld an diesen Dingen sind diejenigen, die jahrhundertlang die Gewalt gepredigt haben. Im Krieg wurde versucht, den Willen der Arbeiter zu brechen, indem man sie zur Strafe in den Schächengaden schickte. Jetzt ernten die herrschenden Klassen was sie gesät haben. Weiter darf man die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften nicht verantwortlich machen für das, was die Massen tun, die jetzt erst in die Organisationen tröten. Durch die jetzt Erziehung der Massen lassen die Arbeiterführer aller Richtungen dem Staate unermessliche Dienste. Nachdem von allen Seiten das Verfahren der Mannheimer Arbeiter verurteilt wurde, möchte ich die Regierung darauf aufmerksam machen, daß auch Arbeiternehmer das Koalitionsrecht verweigern und erklären, organisierte Arbeiter auszuschließen. Ähnliche Fälle werden gemeldet aus Waldbrunn und Leimen (Bauzweigen: Simonswald). Die Regierung muß daher allen Terroristen entgegen treten, die die Freiheit bedrängen.

Abg. Muser (Dem.) erklärt, aufrecht zu erhalten, was er über das Erfurter Programm sagte.

Abg. Schöfer (Zentr.) freut sich über die allgemeine Verurteilung des Terrors und stellt nochmals fest, daß drei Kameraden durch Kameraden brotlos gemacht wurden, was in Anbetracht unserer Lage eine Verurteilung am Vaterlande darstellt. Hinter den Dingen in Mannheim steht die Saat, die von Einzelnen gesät wurde. Es handelt sich hier um russische Ideen, die in unser Volk hineingetragen wurden; die nicht nur um russische Ideen sondern auch um russisches Geld.

Schluß der Sitzung 8.15 Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen.

Soziale Rundschau.

Bruchsal, 6. Juni. (Statistisches der Allgem. Ortskrankenkasse Bruchsal). Der Mitgliederstand der Kasse betrug am 1. Juni 1919 insgesamt 8396 gegenüber 8209 im Vormonat und zwar 4128 männliche und 4270 weibliche Mitglieder; Arbeitsunfähig Kranke und Wdönerinnen wurden gezählt 247 gegenüber 202 am 1. Mai 1919. Nach Stadt- und Landbezirk getrennt waren am 1. Juni 1919 in Bruchsal beschäftigt 5227 inkl. 589 Dienstboten gegenüber 5129 einschließlich 527 Dienstboten im Vormonat; in den zum Krankenbezirk gehörigen 16 Landgemeinden 3109 gegenüber 3170 im Vormonat.

1. Juni. Am 1. Juni wird hier der Laden des Konsumvereins eröffnet werden, in dem die Mitglieder natürlich sämtliche Lebensmittel des vom Konsumverein verteilt werden, mit Ausnahme von Brot und Fleisch bezogen können. Damit man der Konsumvereine den anderen Geschäften gegenüber nicht im Vorteil ist, wird wahrscheinlich vom 1. Juni ab der allgemeine Kundenzwang in unserer Stadt eingeführt werden.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landes-theater.

Mit neuer Ausstattung: „Der Freischütz“.

Er hat nötig gehabt, unser guter „Freischütz“, daß man ihm ein neues Gewand gegeben hat, wirklich nötig. Aber bei solchen Neuemkleidungen darf man eins nicht verüben: den Schnitt der Zeit, in der der Erneuerungsbedürfnisse in die Welt gesetzt wurde. Also um alles in der Welt nicht modernisieren! Die Welt des „Freischütz“ ist die Jagdlust und Waldpoesie. Das letzte Bühnenbild z. B. war doch, wie auch das vorhergehende, ein ganz so hoher Wald, mehr um mit der Botanikextrakt drin herumzuspaazieren, als den wilden Eber zu jagen und dem finstern Hirsch nachzusehen. Auch für den ersten Akt war die Szenerie — ich möchte sagen — zu „breit“. Außerordentlich eindrucksvoll hingegen kam der Erbfürstler mit seinen Jagdgefellen von links die Anhöhe herunter. Und lebensfrisch und harmonisch gaben sich die Farben von Hirschen, Landvögeln usw. Die Farbenwirkung war es auch vor allem, die der neuen Wollschmuck zugute kam. Außerordentlich imponant ragten sich die Felswände empor. Ein wuchtiges, echt romantisches Bild. Der Felsquell, der diesmal mit aufscheinend „echtem“ Wasser sprudelte, wäre uns in seiner ehemaligen Breite lieber gewesen. Die Wollschmuck war früher die Ursache von allerhand faulen Witzen; diesmal konnte eigentlich nur der imitierte Eber dazu Anlaß geben (bezüglich der fleischlosen Zeit —); das wilde Heer vielleicht noch, das im Promenadentempo vorüberbalanzerte. Aber, wie gesagt, die Farbenwirkungen! Alles auf den Ton der grauen Nacht gestimmt, vielgegliedert und doch einheitlich. Wie zulezt gar Samiel im Hintergrunde auftaucht, von magisch rotem Schein umflossen, das war alles mit feinsten, künstlerischer Vielseitigkeit herausgearbeitet. Und dann — der Gegenstand des nächsten Aufzuges! Dort die Schreden der Hölle, hier die reine Jungfrau Agathe. Wirkungskvoller kann die Kontrastierung nicht gemacht werden. — Wären doch die Waldhirschen etwas romantischer gewesen! —

Alfred Lorenz hatte für das rechte Erklingen der ewig jungen Weiblichen Weisen Sorge getragen. Und auch auf der Bühne herrliche Stimmung. Da war es vor allem die liebliche Agathe von Edith Saggi, die uns ein Bild reinerst Anmut und lauterer Treue vor Augen führte, kurz, eine Gestalt, wie sie dem Liederkunstler vorgeschwebt haben mag. Man sieht diese Rolle oft mit einer gewissen Melancholie durchleuchtet vorgetragen. Edith Saggi besitzt nichts hiervon. Diese Agathe hat Leben und Farbe und doch Adel und Obermaß. Und gar noch die gesungene Leistung! Ist diese Künstlerin wirklich hier nicht mehr zu halten? Aber auch kein Ton, der nicht aufs feinste abgestimmt ist, aus dem nicht die

innerste Herzenregung klangt (Weise, leise, fromme Weise!) — Der Max ist doch mehr eine Partie für Helmuth Reugebauer als für Josef Schöffel, weil sie eben trotz allem stark erotisch ist. Helmuth Reugebauer darf den Max zu seinen besten Rollen rechnen. Leidenschaft und Schmerz, Liebe und Neid, das alles bringt er in höchst künstlerischer Weise zum Ausdruck. — Der Kaspar von Karl Wiehe ist eine besonders gesungene hervorragende Leistung; sollte er aber nicht auf das Dämonische einen etwas härteren Nachdruck legen? Die letzte Szene war ihm am besten gelungen. Elisabeth Friedrich war ein entzückendes Nennchen. Schalkhaft, heisere und liebevoll. Wie eben das Kennen sein muß. Ihre Stimme müssen wir täglich mehr bewundern. Ein vornehmer Pilot war Benno Biegler, ein markiger Erbfürstler Hermann Ed. Die kleineren Rollen waren mit Max Wättner, Robert Wättner und Karl Seidel gut besetzt. Der „Jungfernkranz“ durfte wieder recht fröhlich. — Die szenische Leistung lag in den Händen von Peter Dumas; der Gesamtentwurf der Bühnenbilder stammte von Oskar Auer. Die Entwürfe der Kostüme von Margarete Schellenberg. Fritz Lindner konnte in der majestätischen Einrichtung seine Kunst in bestem Maße zeigen. — Das vollbesetzte Haus zeigte sich für die schöne Pfingstgabe gebührend dankbar, s. k.

„Die Walküre“. Der zweite Pfingstfeierabend brachte — das scheint hier ein begründeter Wunsch zu werden — wieder einen Wagner. Sogar einen, in dem es ohne Was abging. — Edith Saggi hatte am Abend vorher die Agathe gesungen; hier die Siegfriede; das legt von der Leistungsfähigkeit dieser Künstlerin das beste Zeugnis ab. Ihre Agathe hervorzuheben hatten wir bereits Gelegenheit; diese Siegfriede war wiederum eine hervorragende Leistung. Edith Saggi gibt die schwierigen Szenen im zweiten Akt in ganz eigener Weise wieder. Wie oft hat man diese herangerufen, und mit welcher Begeisterung! — Am Ende des ersten Aktes hatte er sich gegen das Orchester zu wehren. Gattfried Hagedorn's Runding ist stets eine außerordentlich wichtige Figur, und die Frida von Margarete Bruntsch stellte die bedeutende Wagnerfigur ins hellste Licht. Die Walküren langen durchweg gut. Dem ersten Akte wäre eine mehr fühlbare Steigerung im Orchester zu wünschen gewesen. Manche Themen waren etwas geübt. Falschverbindungen und

Neuerzähler erlangen aber in althergebrachter Weise Fritz Cortalegis und seine Mannen hielten sich tapfer trotz der Hitze. — Zu erwähnen wäre noch, daß Eise Koepfen am Samstag in „Liedland“ die eine der drei Wägen gab. Die junge Künstlerin sang die Partie mit ihrem außerordentlich schönen Organ sehr klavvoll und voll aufzufriedenstellend. —

Im Stil der Pfingstvorstellungen möge die Oper weiterfahren. Leider scheint der „Paffal“ — wiederum! — auszubleiben. Wir wollen nicht hoffen, daß daran die Konzerthausoperette schuld ist! Dieser „Erfolg“ entbehrt des Adäquaten durch mehr als einen und durch mehr als hundert Gründe. Im zweiten Rang hängt noch ein Teil mit Opernverprechungen, daß einem das Wasser im Munde zusammenläuft. Verprechungen aber müssen auch gehalten werden! —

Der Konzertmeister Dittmar folgt dem Orchester des Landes-theaters in Karlsruhe hat kürzlich in einem Konzert in Offenburg reiche Lorbeeren geerntet. Die „Offenburger Zeitung“ schreibt u. a.: „Die schädliche Größe seiner Kunst war etwas Wohlwundes, hier lag keine nervöse Leidenschaft vor, sondern anspruchslos gefällige Art des Singspielers in das Reich der Töne. In dem Violinconcert d-moll von Wieniawski: wie fest und sicher griff er in die Saiten, wie leicht und elastisch war der Bogenstrich, wie ergalt z. B. Claffato, wie süßlich die Präzision. Vom ersten bis zum letzten Bogenstrich fand man bei Herr Dittmar nicht nur die Mäßigkeit einer guten Schule, sondern auch ein reiches Bescheidenes eines nur seiner Kunst lebenden Künstlers.“

1. Gemäldeausstellung Baden-Baden. Jedem Kunstfreund kann nur der Besuch der derzeitigen Gemälde-Ausstellung empfohlen werden, wo eine ganz hervorragende Ansammlung von Werken deutscher Künstler geboten wird. Ganz besonders scheint die Ausstellung dazu angetan zu sein, Verständnis für die moderne Kunst zu erwecken, denn ohne in den extremsten Modifikationen zu verfallen, der für den Laien rundweg unverständlich ist, gibt sie gerade dem Laien Gelegenheit, durch Vergleich der verschiedenen Kunstströmungen auch dem Expressionismus näher zu kommen. Bei rein expressionistischen Kunstausstellungen wird der Laie ohne jeden Uebergang, unzulässig, in das unheilvolle Gebiet eines Expressionismus verführt, das ihm zu begreifen unmöglich ist, solange er nicht die ganze Entwicklung der Kunst bis zum modernen Extrem innerlich miterlebt. Aus diesem Grunde dürfte es sich sogar empfehlen, vorher die städtische Gemäldeausstellung (neben dem Theater) zu besuchen, in welcher die modernsten Kunstströmungen so gut wie nicht vertreten sind. Mit unsso dankbareren Augen wird der Besucher dann die Farbenpracht bei den Gemälden der modernen Meister in sich aufnehmen.

Nr. 131. 26. öffentliche Sitzung. gr. Karlsruhe, 11. Juni. Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 4.15 Uhr. Im Eingang befindet sich eine Reihe Petitionen und Interpellationen, darunter eine Interpellation des Abg. Weisshaupt (Ztr.) u. Gen. betr. Schädigung durch die Sonntagsruhe im Handwerksbetriebe, ein Antrag des Abg. Red. Dem.) u. Gen. betr. Erhaltung der Fische im Hardtwald und Bepflanzung der Jagd im Hardtwald, eine Interpellation des Abg. König (Dem.) betr. Abbau der Volkswirtschaft, der Abg. Schöfer (Ztr.) u. Gen. betr. Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, der Abg. Schöfer (Ztr.) u. Gen. betr. Ueberemittlung der badischen und der deutschen Reichsverfassung, des Abg. Spang (Ztr.) u. Gen. betr. Heil- und Pflegeanstalt Westloch. Zur Tagesordnung stehen verschiedene Kurze Anfragen und Interpellationen. Abg. Spang (Ztr.) fragt wegen des Anschlusses des Eisenbahnbetriebs Wertheim-Lauda an den Seibelsberger Schnellzug an. Der Regierungsvertreter weist auf die hohen Kosten hin, die eine Umstellung der Bäume erfordern würde. Der Wunsch kann daher zur Zeit leider nicht erfüllt werden. Abg. König (Dem.) wünscht Absehung der Beratung über die der Gutheilung des Landtags vorbehaltene Verordnung vom 6. August 1918 über die Erhebung von Steuern für die staatliche Genehmigung zur Ausgabe von Reichsschuldberechtigungen usw., weil kein schriftlicher Bericht und kein Druck dieser Regierungsverordnung vorliegt und keine Erste Kammer zur Nachprüfung vorhanden ist. Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) hält eine Vertagung in diesem Falle nicht für nötig, wenn auch in sonstigen Fällen ein schriftlicher Bericht erwünscht ist. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. König (Dem.), Schöfer (Ztr.), Lefer (Dem.), Muser (Dem.) tritt Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) für Absehung dieses Punktes von der Tagesordnung ein, wobei er den Vorschlag gegen das Einmühen zurückweist. Die Beratung dieses Punktes wird von der Tagesordnung abgesetzt. Abg. Wittmann (Ztr.) fragt wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse im Zollausfuhrgebiet an. Minister Kemmle teilt mit, daß die Frage im Ministerium des Innern und im Finanzministerium gründlich geprüft wurde. Der Zollausfuhr spielt im Frieden eine große Rolle. Die Staatskasse zahlte hierfür an das Reich jährlich 76 000 M. Das Zollausfuhrgebiet hat auch heute noch gewisse Vergünstigungen. Die Regierung bemühte sich der Stimmung der Bewohner weitgehend Rechnung zu tragen. So soll der Zollausfuhrverkehr erhalten bleiben, ebenso soll Zollvergünstigungen vom Finanzministerium zugewandt. Auch sollen ständige Verkehrsverbindungen, vor allem eine Autolinie geschaffen werden; evtl. später eine Bahn. Durch Einrichtung von Bahnhöfen soll die Bahnfrage erleichtert werden. Nach Abschluß des Friedensvertrages werden weitere Erleichterungen an und wird den Leuten, die ihr aus gewissen Gründen die Abkehr vom Vaterlande verweigern, energisch die Hilfe leisten. Abg. Mager (Dsch.-Nat.) fragt betr. Vertretung der Holz- und Holzverarbeitungsverbände durch die Gemeinnützige Holzvertriebsgesellschaft an. Minister Kemmle: Die Voraussetzungen zu dieser Anfrage entspricht nicht den Tatsachen. Die Holzverarbeitenden Handwerker sind in weitgehendem Maße herangezogen worden. Schon um das Holz vor Vernichtung zu bewahren, mußte aber ein Teil des Holz in größeren Mengen verkauft werden. Es ist nicht anzugehen, wegen einzelner Fälle den Handel auszuschließen. Besondere Maßnahmen zum Schutze des Handwerkes scheinen in dieser Sache nicht erforderlich, da diese ohnehin Vorzugspreise genießen. Abg. Oberhardt (Ztr.) begründet seine Interpellation über das Koalitionsrecht der Arbeiter in der angefragt wird, ob der Regierung bekannt ist, daß in Mannheim eine Anzahl christlich organisierter Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur christlichen Gewerkschaft aus ihrer Arbeitsstelle mit Gewalt verdrängt wurden. Es ist festzustellen, daß bei Brown Boveri auch die mehrheitlich sozialistischen Arbeiter die Arbeit einstellen, um die christlich organisierten zum Uebertritt in den Deutschen Metallarbeiterverband zu zwingen, wenn auch die Mehrheitssozialisten erklärten, daß sie dieses Tun nicht billigen würden. Von freierwilliger Bestimmung ist in diesem Falle keine Rede. Zur Behauptung der Mannheimer „Volkstimme“, daß sich die christlich organisierten Arbeiter nicht kollegial verhalten haben, möchte ich sagen, daß eine solche Behauptung bisher nicht aufgestellt wurde. Auf der Gegenseite liegt ein viel schwererer Akt der Unkollegialität vor. Auch bei Bopp u. Neuberger wurde dieser Tage ein ähnliches Ultimatum zum Uebertritt gestellt. Hierzu müssen wir Stellung nehmen und Verhaftung der Schuldigen verlangen. Es ist ein Akt der Gerechtigkeit, daß die von ihrer Arbeit verdrängten Arbeiter voll entschädigt werden. Arbeitsminister Rüdert: Der Regierung ist der Fall von Brown, Boveri u. Co. bekannt. Die Regierung verurteilt scharf das Verhalten der Arbeiter und bemüht sich im Sinne des Schlichtungsausschusses tätig zu sein. Sie wandte sich an das Justizministerium und die Staatsanwaltschaft macht gegenwärtig Erhebungen zur Verhaftung der Schuldigen. Nachdem das Koalitionsrecht unter dem Schutze der Verfassung steht, sind die Mannheimer Vorgänge um so bedauerlicher. Ich habe feststellen lassen, daß sämtliche gewerkschaftlichen Instanzen das Vorgehen der Arbeiter von Brown, Boveri u. Co. ebenso scharf verurteilen als ich. Ich werde mit allen gesetzlichen Mitteln darauf hinarbeiten, daß die Firma die Arbeiter wieder einstellt. Ich hoffe, daß die Maßnahmen der Staatsanwaltschaft zum Erfolge führen, sobald das verfassungsmäßig gewährleistete Koalitionsrecht wieder gesichert wird. Abg. Roth (Soz.): Namens meiner Fraktion erkläre ich, daß wir das Vorgehen der Arbeiter von Brown, Boveri u. Co. nicht billigen; denn wir verurteilen jeden Terror, gleichgültig woher er kommt. Wir müssen jedoch bei all dem den Zustand berücksichtigen, in den die Arbeiter durch den Krieg — Drohung mit dem Schächengaden, Hunger und Elend — hineingekommen sind. Durch diese Verhältnisse wurden auch vernünftige Menschen beeinflusst. Die Maßnahmen des Vorgehen der Arbeiter nicht und entschuldigen es nicht. Die Hauptfrage ist jedoch, daß unser Volkstörper wieder zur Gesundheit kommt. Abg. Muser (Dem.): Weniger schöne Worte auf den Standarten der Demonstrationen und etwas mehr Freiheit und Brüderlichkeit im Herzen. Gegenüber meinem Vortrager möchte ich betonen, daß es notwendig ist, daß wir uns entziehen, da eine flagrant Verletzung der Verfassung vorliegt. Wenn die Arbeiter in den besten Jahren viel gelitten haben, so haben sie doch kein Recht, anderen Leuten Leid zuzufügen. Die Arbeiter müssen sich fragen, ob sie durch solches Vorgehen nicht das Recht verstoßen, das sie einer besseren Gesellschaft zu sein. Sozialautokrat, Sozialtrümmen wäre ein besserer Name für diese Leute als Sozialdemokraten. Es ist festzustellen, daß dieses Vorgehen eine gewisse Frucht der Agitation ihres (zu den Sozialdemokraten) Erfurter Programmes ist, wenn ich auch zugeben muß, daß die Tendenz von der Mehrheit der Sozialdemokraten nicht gebilligt wurde. Es gibt Reaktionen von der rechten Seite und es gibt auch Reaktionen von der linken Seite. Diese Mannheimer Arbeiter sind Reaktionen und zwar schlimme, denn sie bischredizieren die Demokratie. Eine Transparenz der Staatsfinanzen für den Sachverhalt müssen wir jedoch wegen der Konsequenzen ablehnen. Das ist eine indirekte Prämie für den Terror wäre. Bei dieser Gelegenheit möchte ich erklären, daß wir uns durch keine Streikdrohung in unserer Haltung beirren lassen. Abg. Hegelmair (Ztr.) bedauert, daß es notwendig wurde, diese Frage im Hause zu behandeln. Aber wir müssen feststellen, daß das ganze badische Volk die Mannheimer Taten verurteilt. Die Taten der Terroristen sollten auch von der sozialdemokratischen Presse scharfer verurteilt werden. Auch der Redner der Sozialdemokratie hätte sich scharfer gegen den Terrorismus wenden sollen. Bei den Arbeitsverbänden ist zu berücksichtigen, daß bei diesen politischen Gesichtspunkte keine Rolle spielen. Ich hoffe, daß die ehemaligen Gewerkschaftler in der badischen Regierung dafür eintreten, daß diejenigen bestraft werden, die das freie Koalitionsrecht vernichten. Das Staatsgericht dafür verwendet werden, um den Schaden in Mannheim wieder gut zu machen, lehnen auch wir ab. Dagegen muß die Firma Brown, Boveri u. Co. herangezogen werden. Ich möchte hierbei auch auf den Terrorismus hinweisen, den die radikale Sozialdemokratie an anderen Plätzen ansieht, wie vorige Woche in Offenburg. Arbeitsminister Rüdert teilt mit, daß die Firma nach dem Rechtsstandpunkt nicht berechtigt war, die Leute zu entlassen. Sie ist deshalb, wie Abg. Muser bereits sagte, verpflichtet, die Leute zu entschädigen. Ebenso nimmt das Justizministerium die Stellung ein, daß der Staat nicht zu Schadenersatz verpflichtet sei. Was den Terrorismus betrifft, so kommt er insbesondere in Mannheim vor. Abg. Forster (Soz.): Die Freiozialisten haben in ihrem jahrzehntelangen Kampf oft ähnliche Dinge erleben müssen, wobei sie sich jedoch helfen mußten. Was in Mannheim zum Durchbruch kam, ist der alte Geist der Gewalt, der jahrhundertlang bei uns herrschte. Dieser Geist ist verwerflich. Der Gedanke der Einheitsorganisation hat sehr viel für sich und die Arbeiterchaft hat dieses Ideal noch nicht aufgegeben. Ich kann mir denken, daß eine Entwicklung kommt, die einen Teil der Arbeiterorganisation übrig macht. Wir fragen in der Freiein Organisation nicht nach der religiösen oder politischen Ueberzeugung. Es gab Zeiten, wo Ihre (zum Zentrum) Anhänger und besonders die geistlichen Herren in der schlimmsten Weise gegen die Freiein Gewerkschaften kämpften. Wir wollen jedoch heute nicht darauf eingehen. An der Verurteilung der Mannheimer Vorgänge herrscht bei uns eine einstimmige Meinung und wir tun auch alles für ihre Bekämpfung. Ich kann mir denken, daß es bei großen Tariffragen nötig ist, keine Gruppen von Organisierten auszuscheiden. Darüber herrscht bei den christlich organisierten Gewerkschaften gleiche Meinung, wie bei uns, wie sich auch z. B. bei der Durchsicherung des Hilfsdienstgesetzes ergab. Um derartige Fälle wie in Mannheim abzuwenden, müssen alle Erziehungsmittel angewendet werden. Sobald der politische Terror abgewirkt hat, was bald der Fall sein wird, wird auch der Terror auf gewerkschaftlichem Gebiete bald aufhören. In den kommenden trübten Tagen wird der Gedanke Einheitsorganisation weiter fortgeschritten. Abg. Riefer (Zentr.) stellt fest, daß es sich bei der Absicht der Gewerkschaften um Fragen der Weltanschauung und des Wirtschaftsprozesses handelt. Wir verurteilen es, wenn christliche Gewerkschaftler Terrorismusaussüben und dies müssen auch Sie (zu den Sozialdemokraten) tun. Abg. Maier-Heidelberg (Soz.): Die Begründung des Abg. Muser, daß das Erfurter Programm an diesen Dingen schuld sei, ist weit hergeholt. Schuld an diesen Dingen sind diejenigen, die jahrhundertlang die Gewalt gepredigt haben. Im Krieg wurde versucht, den Willen der Arbeiter zu brechen, indem man sie zur Strafe in den Schächengaden schickte. Jetzt ernten die herrschenden Klassen was sie gesät haben. Weiter darf man die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften nicht verantwortlich machen für das, was die Massen tun, die jetzt erst in die Organisationen tröten. Durch die jetzt Erziehung der Massen lassen die Arbeiterführer aller Richtungen dem Staate unermessliche Dienste. Nachdem von allen Seiten das Verfahren der Mannheimer Arbeiter verurteilt wurde, möchte ich die Regierung darauf aufmerksam machen, daß auch Arbeiternehmer das Koalitionsrecht verweigern und erklären, organisierte Arbeiter auszuschließen. Ähnliche Fälle werden gemeldet aus Waldbrunn und Leimen (Bauzweigen: Simonswald). Die Regierung muß daher allen Terroristen entgegen treten, die die Freiheit bedrängen. Abg. Muser (Dem.) erklärt, aufrecht zu erhalten, was er über das Erfurter Programm sagte. Abg. Schöfer (Zentr.) freut sich über die allgemeine Verurteilung des Terrors und stellt nochmals fest, daß drei Kameraden durch Kameraden brotlos gemacht wurden, was in Anbetracht unserer Lage eine Verurteilung am Vaterlande darstellt. Hinter den Dingen in Mannheim steht die Saat, die von Einzelnen gesät wurde. Es handelt sich hier um russische Ideen, die in unser Volk hineingetragen wurden; die nicht nur um russische Ideen sondern auch um russisches Geld. Schluß der Sitzung 8.15 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen. Soziale Rundschau. Bruchsal, 6. Juni. (Statistisches der Allgem. Ortskrankenkasse Bruchsal). Der Mitgliederstand der Kasse betrug am 1. Juni 1919 insgesamt 8396 gegenüber 8209 im Vormonat und zwar 4128 männliche und 4270 weibliche Mitglieder; Arbeitsunfähig Kranke und Wdönerinnen wurden gezählt 247 gegenüber 202 am 1. Mai 1919. Nach Stadt- und Landbezirk getrennt waren am 1. Juni 1919 in Bruchsal beschäftigt 5227 inkl. 589 Dienstboten gegenüber 5129 einschließlich 527 Dienstboten im Vormonat; in den zum Krankenbezirk gehörigen 16 Landgemeinden 3109 gegenüber 3170 im Vormonat. 1. Juni. Am 1. Juni wird hier der Laden des Konsumvereins eröffnet werden, in dem die Mitglieder natürlich sämtliche Lebensmittel des vom Konsumverein verteilt werden, mit Ausnahme von Brot und Fleisch bezogen können. Damit man der Konsumvereine den anderen Geschäften gegenüber nicht im Vorteil ist, wird wahrscheinlich vom 1. Juni ab der allgemeine Kundenzwang in unserer Stadt eingeführt werden. Theater, Kunst und Wissenschaft. Badisches Landes-theater. Mit neuer Ausstattung: „Der Freischütz“. Er hat nötig gehabt, unser guter „Freischütz“, daß man ihm ein neues Gewand gegeben hat, wirklich nötig. Aber bei solchen Neuemkleidungen darf man eins nicht verüben: den Schnitt der Zeit, in der der Erneuerungsbedürfnisse in die Welt gesetzt wurde. Also um alles in der Welt nicht modernisieren! Die Welt des „Freischütz“ ist die Jagdlust und Waldpoesie. Das letzte Bühnenbild z. B. war doch, wie auch das vorhergehende, ein ganz so hoher Wald, mehr um mit der Botanikextrakt drin herumzuspaazieren, als den wilden Eber zu jagen und dem finstern Hirsch nachzusehen. Auch für den ersten Akt war die Szenerie — ich möchte sagen — zu „breit“. Außerordentlich eindrucksvoll hingegen kam der Erbfürstler mit seinen Jagdgefellen von links die Anhöhe herunter. Und lebensfrisch und harmonisch gaben sich die Farben von Hirschen, Landvögeln usw. Die Farbenwirkung war es auch vor allem, die der neuen Wollschmuck zugute kam. Außerordentlich imponant ragten sich die Felswände empor. Ein wuchtiges, echt romantisches Bild. Der Felsquell, der diesmal mit aufscheinend „echtem“ Wasser sprudelte, wäre uns in seiner ehemaligen Breite lieber gewesen. Die Wollschmuck war früher die Ursache von allerhand faulen Witzen; diesmal konnte eigentlich nur der imitierte Eber dazu Anlaß geben (bezüglich der fleischlosen Zeit —); das wilde Heer vielleicht noch, das im Promenadentempo vorüberbalanzerte. Aber, wie gesagt, die Farbenwirkungen! Alles auf den Ton der grauen Nacht gestimmt, vielgegliedert und doch einheitlich. Wie zulezt gar Samiel im Hintergrunde auftaucht, von magisch rotem Schein umflossen, das war alles mit feinsten, künstlerischer Vielseitigkeit herausgearbeitet. Und dann — der Gegenstand des nächsten Aufzuges! Dort die Schreden der Hölle, hier die reine Jungfrau Agathe. Wirkungskvoller kann die Kontrastierung nicht gemacht werden. — Wären doch die Waldhirschen etwas romantischer gewesen! — Alfred Lorenz hatte für das rechte Erklingen der ewig jungen Weiblichen Weisen Sorge getragen. Und auch auf der Bühne herrliche Stimmung. Da war es vor allem die liebliche Agathe von Edith Saggi, die uns ein Bild reinerst Anmut und lauterer Treue vor Augen führte, kurz, eine Gestalt, wie sie dem Liederkunstler vorgeschwebt haben mag. Man sieht diese Rolle oft mit einer gewissen Melancholie durchleuchtet vorgetragen. Edith Saggi besitzt nichts hiervon. Diese Agathe hat Leben und Farbe und doch Adel und Obermaß. Und gar noch die gesungene Leistung! Ist diese Künstlerin wirklich hier nicht mehr zu halten? Aber auch kein Ton, der nicht aufs feinste abgestimmt ist, aus dem nicht die innerste Herzenregung klangt (Weise, leise, fromme Weise!) — Der Max ist doch mehr eine Partie für Helmuth Reugebauer als für Josef Schöffel, weil sie eben trotz allem stark erotisch ist. Helmuth Reugebauer darf den Max zu seinen besten Rollen rechnen. Leidenschaft und Schmerz, Liebe und Neid, das alles bringt er in höchst künstlerischer Weise zum Ausdruck. — Der Kaspar von Karl Wiehe ist eine besonders gesungene hervorragende Leistung; sollte er aber nicht auf das Dämonische einen etwas härteren Nachdruck legen? Die letzte Szene war ihm am besten gelungen. Elisabeth Friedrich war ein entzückendes Nennchen. Schalkhaft, heisere und liebevoll. Wie eben das Kennen sein muß. Ihre Stimme müssen wir täglich mehr bewundern. Ein vornehmer Pilot war Benno Biegler, ein markiger Erbfürstler Hermann Ed. Die kleineren Rollen waren mit Max Wättner, Robert Wättner und Karl Seidel gut besetzt. Der „Jungfernkranz“ durfte wieder recht fröhlich. — Die szenische Leistung lag in den Händen von Peter Dumas; der Gesamtentwurf der Bühnenbilder stammte von Oskar Auer. Die Entwürfe der Kostüme von Margarete Schellenberg. Fritz Lindner konnte in der majestätischen Einrichtung seine Kunst in bestem Maße zeigen. — Das vollbesetzte Haus zeigte sich für die schöne Pfingstgabe gebührend dankbar, s. k. „Die Walküre“. Der zweite Pfingstfeierabend brachte — das scheint hier ein begründeter Wunsch zu werden — wieder einen Wagner. Sogar einen, in dem es ohne Was abging. — Edith Saggi hatte am Abend vorher die Agathe gesungen; hier die Siegfriede; das legt von der Leistungsfähigkeit dieser Künstlerin das beste Zeugnis ab. Ihre Agathe hervorzuheben hatten wir bereits Gelegenheit; diese Siegfriede war wiederum eine hervorragende Leistung. Edith Saggi gibt die schwierigen Szenen im zweiten Akt in ganz eigener Weise wieder. Wie oft hat man diese herangerufen, und mit welcher Begeisterung! — Am Ende des ersten Aktes hatte er sich gegen das Orchester zu wehren. Gattfried Hagedorn's Runding ist stets eine außerordentlich wichtige Figur, und die Frida von Margarete Bruntsch stellte die bedeutende Wagnerfigur ins hellste Licht. Die Walküren langen durchweg gut. Dem ersten Akte wäre eine mehr fühlbare Steigerung im Orchester zu wünschen gewesen. Manche Themen waren etwas geübt. Falschverbindungen und Neuerzähler erlangen aber in althergebrachter Weise Fritz Cortalegis und seine Mannen hielten sich tapfer trotz der Hitze. — Zu erwähnen wäre noch, daß Eise Koepfen am Samstag in „Liedland“ die eine der drei Wägen gab. Die junge Künstlerin sang die Partie mit ihrem außerordentlich schönen Organ sehr klavvoll und voll aufzufriedenstellend. — Im Stil der Pfingstvorstellungen möge die Oper weiterfahren. Leider scheint der „Paffal“ — wiederum! — auszubleiben. Wir wollen nicht hoffen, daß daran die Konzerthausoperette schuld ist! Dieser „Erfolg“ entbehrt des Adäquaten durch mehr als einen und durch mehr als hundert Gründe. Im zweiten Rang hängt noch ein Teil mit Opernverprechungen, daß einem das Wasser im Munde zusammenläuft. Verprechungen aber müssen auch gehalten werden! — Der Konzertmeister Dittmar folgt dem Orchester des Landes-theaters in Karlsruhe hat kürzlich in einem Konzert in Offenburg reiche Lorbeeren geerntet. Die „Offenburger Zeitung“ schreibt u. a.: „Die schädliche Größe seiner Kunst war etwas Wohlwundes, hier lag keine nervöse Leidenschaft vor, sondern anspruchslos gefällige Art des Singspielers in das Reich der Töne. In dem Violinconcert d-moll von Wieniawski: wie fest und sicher griff er in die Saiten, wie leicht und elastisch war der Bogenstrich, wie ergalt z. B. Claffato, wie süßlich die Präzision. Vom ersten bis zum letzten Bogenstrich fand man bei Herr Dittmar nicht nur die Mäßigkeit einer guten Schule, sondern auch ein reiches Bescheidenes eines nur seiner Kunst lebenden Künstlers.“ 1. Gemäldeausstellung Baden-Baden. Jedem Kunstfreund kann nur der Besuch der derzeitigen Gemälde-Ausstellung empfohlen werden, wo eine ganz hervorragende Ansammlung von Werken deutscher Künstler geboten wird. Ganz besonders scheint die Ausstellung dazu angetan zu sein, Verständnis für die moderne Kunst zu erwecken, denn ohne in den extremsten Modifikationen zu verfallen, der für den Laien rundweg unverständlich ist, gibt sie gerade dem Laien Gelegenheit, durch Vergleich der verschiedenen Kunstströmungen auch dem Expressionismus näher zu kommen. Bei rein expressionistischen Kunstausstellungen wird der Laie ohne jeden Uebergang, unzulässig, in das unheilvolle Gebiet eines Expressionismus verführt, das ihm zu begreifen unmöglich ist, solange er nicht die ganze Entwicklung der Kunst bis zum modernen Extrem innerlich miterlebt. Aus diesem Grunde dürfte es sich sogar empfehlen, vorher die städtische Gemäldeausstellung (neben dem Theater) zu besuchen, in welcher die modernsten Kunstströmungen so gut wie nicht vertreten sind. Mit unsso dankbareren Augen wird der Besucher dann die Farbenpracht bei den Gemälden der modernen Meister in sich aufnehmen.

Der Parteitag.

5. Weimar, 9. Juni 1919.

Sitzung des Parteiausschusses.

Der Parteiausschuss trat heute vormittag 10 Uhr in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand im Fraktionszimmer der Sozialdemokratie in der Nationalversammlung zu Weimar unter dem Vorsitz von Hermann Müller zusammen. Dieser gab einen Überblick über die Geschäftslage des Parteitag. Vielfache Anregungen aus dem Lande hätten keine Verwirklichung um einige Wochen gefordert. Diesen Anträgen habe der Parteivorstand keine Folge gegeben, um die Entscheidung einer Anzahl wichtiger Fragen nicht länger hinauszuziehen und nicht der Verleumdung Raubung zu geben, daß der Vorstand keinen Parteitag wolle. Leider müsse damit gerechnet werden, daß die Zeit des Parteitag begrenzt sei. Wenn die Nationalversammlung am Samstag zusammenzutreten sollte, müßte der Parteitag verfallen, mit den wichtigsten Fragen bis Freitag abend fertig zu werden. Deshalb werde es sich empfehlen, nicht nur den Bericht des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, sondern auch den der Nationalversammlung und billigt auch die Vorschläge der Kommission für das Pressewesen gemeinsam zu diskutieren. Weiter sei unbedingt Klarheit über die Frage des Mätesystems und Reichsverfassung zu schaffen. Die Referenten Einheimischer und Cohen hätten ihre Leitsätze dazu ausgearbeitet. Eine große Anzahl von Fragen müßten auch durch die eingelaufenen Anträge aufgearbeitet, deren Zahl Legion sei. Auch hier müsse über die Hauptgebiete des Parteinteresses eine klare Entscheidung gefasst werden. Die Anträge beziehen sich hauptsächlich auf folgende Demarkationierung der Verwaltung der Einzelstaaten, auf die Frage der Doppelmandate, auf die Einigung der verschiedenen Richtungen der sozialistischen Bewegung und auf die Freiwilligenkorps. Auch das Verhältnis der Einzelstaaten zu der von uns grundsätzlich geforderten Einheitsrepublik, das Beamtenrecht und die Fragen der Bildung und Jugendbewegung würden in den Anträgen mehrfach angeschnitten. Nicht empfehlenswert sei es, entsprechend einem Antrag von Berlin, den Parteitag auch noch mit einem Referat über auswärtige Politik zu belasten, zumal diese in Scheidemanns Referat über die Aufgaben der Partei in der Republik erörtert werden müßte, wenn für diesen Vortrag überhaupt Zeit bliebe. Auch die Fragen der Vorbereitung der Kriegskriegsbeschädigten und Kriegsbeschädigten würden sich in der leider fast bestimmten Zeitplan behandeln lassen. Sie müßten beim Fraktionsbericht erörtert werden, zumal da hierüber gar keine Meinungsverschiedenheiten beständen.

An diese Darlegungen knüpfte sich eine lange Ausrede. Von mehreren Rednern wurde als notwendig erachtet, daß der Parteitag dem Vorstand den Auftrag gebe, sämtlich eine Agrarkommission einzuberufen und ein neues Agrarprogramm auszuarbeiten. Auch die allgemeine Programmdiskussion müsse in Angriff genommen werden, sobald einigermassen ruhigerer Zeiten Raum für prinzipielle Erörterungen gäbe. Weiter wurden aus verschiedenen Teilen des Reiches lebhaft Klagen darüber vorgebracht, daß die alten Landräte und Regierungspräsidenten noch am Amt seien und ihre reaktionäre Gesinnung jetzt so unerschrocken betätigen wie je zuvor. Der Parteitag müsse hierzu ganz eindeutig und klar Stellung nehmen. Auch die anderen von Hermann Müller angeführten Themen der Anträge kamen in der Anrede zur Geltung. Bestimmte Beschlüsse wurden nicht gefasst.

Zum Schluß entwickelte Heinrich Schulz ein umfangreiches Programm für sozialistische Bildungsarbeit und Jugendbewegung und betonte dabei besonders die Rolle, welche die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer zu spielen berufen sei. Auch dieses Programm werde dem Parteitag vorgelegt werden.

Zu Vorsitzenden des Parteitag sind Heinrich Schulz und Karl Lobe in Aussicht genommen.

Morgen vormittag tagt noch einmal die Organisationskommission, der Parteitag selbst wird nachmittags um 4 Uhr eröffnet.

Weimar, 10. Juni 1919.

Erster Verhandlungstag.

Die Verhandlungen finden im Nationaltheater, der Tagungshalle der Nationalversammlung statt. Der Sitzungssaal trägt im Hintergrunde Arabeskenmuster, aus dem die Wägen von Karl Marx und Ferdinand Lassalle hervorspringen. Sonst ist der Saal wohnlich einfach geblieben. An den Tischen der Regierung und der Bundesratsmitglieder sitzt der Parteivorstand und die Kontrollkommission. Punkt 4 Uhr zeigt die Klingel des Hauses den Beginn der Verhandlungen an. Genosse Brack, der Vorsitzende des Weimarer Wahlvereins und Gaudelicher der Buchdrucker, heißt den Parteitag willkommen. Er fordert die Ergänzung der nationalsozialistischen Ideologie, an die er in knappen Worten unter Hinweis auf Weimars große Vergangenheit erinnert, durch die marxistische Tatsachendurchforschung. In Weimar weht der eigenartige Geist des klassisch deutschen Idealismus. Großes verlangt die Zeit, Großes dieser Boden — zu schwerer Arbeit heißen wir die Delegierten in Weimar willkommen. (Weißl.)

Parteivorstand Hermann Müller: Auf dem Würzburger Parteitag hat Scheidemann vorhergesagt, daß wir einer ungewissen Zukunft entgegengehen. Aber niemand hat gesagt, daß wir jetzt noch, ein dreiviertel Jahr später, in einem Zustand zwischen Krieg und Frieden schweben würden. Wir haben die alten Unterdrücker verjagt, das freieste Wahlrecht der Welt erlangt und die Republik errungen. Gleichwohl will man uns einen unerhörten harten Frieden auferlegen. An der Spitze unserer jungen Republik steht Friedrich Ebert, der mir heute telegraphiert, daß er dem Parteitag in schicksalsschwerer Zeit glückliche Erfüllung seiner schweren Aufgaben wünscht. Wir danken unserem Ebert für die treuen Dienste, die er der Partei stets geleistet hat. Trotz aller Erfolge will bei uns keine rechte Freude aufkommen, denn diese Erfolge fallen in eine Zeit tiefer nationaler Schwäche und wir müssen die Fahne unserer Republik auf einem Schutt- und Trümmerhaufen aufrichten. Mühte das so kommen? Wir werden dafür sorgen, daß die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. (Sehr richtig!) Die alten Gewalttäter wagen sich jetzt wieder an die Oberfläche und erklären in einem Antrag an die Nationalversammlung, daß die deutschen Gegenwärtigen unvereinbar seien mit der Ehre des deutschen Volkes. Wir sagen diesen Leuten, daß sie zu schweigen haben, wenn von der Ehre des deutschen Volkes die Rede ist. Allen Geschichtsfreundern zum Trost sehen wir in der Novemberwoche des Jahres 1918 eine Zeit, die einen Ehrenplatz in der Geschichte unseres Volkes einnehmen wird. Wie Spulgehälsen verstanden in drei Tagen 2 Dynastien und es wird einem späteren Dichter schwer werden, auch nur einen Namen oder Märtyrer herauszufinden. Sie haben sich betrogen und sollten sich hüten, die Arbeiterschaft zu reizen, denn wir haben die Macht, um uns gegen jede wirkliche Gegenrevolution in kürzester Zeit zur Wehr zu setzen. (Zurufe: Rosta. Weitere Zustimmung.) Am 9. November haben die Unabhängigen dem Verlangen unserer Feldgrauen folgend mit uns die erste sozialistische Regierung gebildet. Sie war nicht von langer Dauer, denn die Unabhängigen sind keine einheitliche und geschlossene Partei. Neben ehrlichen Demokraten finden sich bei ihnen Anhänger der Winderheidsdiktatur, Leute, die am liebsten die Revolution zu einer Regierungsform machen möchten, Leute, die Maßnahmen und Handgriffe in den auf der Geistesführer. In diesen Zeiten haben die am meisten aufstrebenden Parteien den größten Zulauf. Das müßten die Unabhängigen jetzt erleben, als sich die Kommunisten von ihnen abblättern.

Leider fanden die Unabhängigen nicht den Mut zum Trennungsgang gegen die Kommunisten. So wurde das Arbeiten auf dem Trümmerhaufen immer schwerer, aus dem auch die Kommunisten keine sozialistische Gesellschaftsordnung schaffen könnten. (Sehr richtig!) Die Unabhängigen verhindern die Wahlen zur Nationalversammlung, bis sie die sozialdemokratische Mehrheit verbündet hätten. Dadurch haben sie uns verhindert, mehr für den Sozialismus zu tun und sie sind schuld daran, während sie uns anklagen.

Aber es wurde noch schlimmer: bewaffnete Haufen suchten die Regierung zu stürzen und in der kritischen Januarwoche wäre er ihnen bemächtigungen. Wir hätten das Schicksal der Revolution behalten. Damals wurden die ersten freiwilligen Regimenter ins Leben gerufen und gerade die Berliner Parteigenossen waren damit besonders einverstanden. (Hört, hört und Heiterkeit.) Wir mißbilligen aufs Schärfste alle Ausschreitungen und fordern strenge Remedur. Aber es ist ein historisches Verbrechen, daß keine Regierung sich an der Macht halten kann, die nicht eine zuverlässige militärische Stütze hat. Ohne die Freiwilligen hätten wir längst merkanische Zustände und es wäre keine Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens denkbar. (Sehr richtig!) Nun verlangen manche Parteigenossen eine rote Garde. Aber wie soll das eine sozialistische Regierung durchführen, wenn es drei sozialistische Parteien gibt? Haben wir es nicht erlebt, daß in den kritischsten Stunden Truppenentele lange diskutierten und sich schließlich für neutral erklärten? (Sehr richtig!) Eine Einigung mit den Unabhängigen ist nur möglich auf dem Boden der sozialistischen Grundgründe. Eine Einigung mit den Kommunisten ist ganz ausgeschlossen und wir stimmen darin ja auch mit den Kommunisten selbst überein. Wir werden von dem Boden der Demokratie unter keinen Umständen abgehen und uns niemals zur Diktatur einer Minderheit begeben. (Sehr Zustimmung.) Wir sind jetzt Regierungspartei geworden und neben einer regierenden Partei steht immer eine Oppositionspartei, die mehr fordert, als die Regierung geben kann. Die Regierung läßt sich nun einmal nicht nach den Grundgründen einer Agitationspropaganda leiten. Das müssen die Parteigenossen begreifen, und wenn wir die Parteischule wieder eröffnen, so wird diese Erziehung zu politischer Verantwortlichkeit in ihr einen breiten Raum einnehmen müssen. (Sehr richtig!) Uns droht ein Gewaltfrieden der feindlichen Mächte. Und doch hat die deutsche Arbeiterklasse in dieser Stunde eine große historische Mission. Sie war der Träger des deutschen Einheitsgebantens. Schon als Bebel und Liebknecht für Groß-Deutschland eintrat, das sich erst jetzt in gemeinsamen Leid durch den Zutritt unserer österreichischen Brüder verwirklicht hat. In Erinnerung an diese Vergangenheit zeigt sich jetzt, daß die deutsche Nation sich auf die deutsche Arbeiterklasse verlassen kann. Später und Ludwigsafen, Wiesbaden und Mainz haben die ersten Proben gegeben. Wir werden die deutsche Nation auch weiter verteidigen, bis der siegreiche Sozialismus alle Völker von jedem Joch befreit haben wird. Nur ein Volk, das sich selbst aufgibt, kann aus dem Joch der Geschichte gestrichen werden. Darum rufe ich den deutschen Arbeitern, besonders aber unseren Brüdern an Saar und Mosel, Rhein und Weichsel zu: Was auch geschieht, stehe zu deinem Volk. Es ist dein angebotener Platz. (Stürm. Weißl.)

Hierauf erklärt Hermann Müller den Parteitag für eröffnet. Zu Vorsitzenden werden Heinrich Schulz und Lobe. Breslau gewählt.

Vor. Schulz vertritt eine streng sachliche Geschäftsordnung und mahnt die Delegierten, sich in dieser ersten Zeit jedes Wort reiflich zu überlegen. (All. Zuhl.)

Zur Tagesordnung liegen Anträge vor, welche die Behandlung der auswärtigen Politik, der Sozialisierung, des Beereswehens, der Jugendfrage usw. durch besondere Referate fordern. Leuterich-Hamburg widerspricht jeder Erweiterung der Tagesordnung und wendet sich unter Hinweis auf die unklare auswärtige Lage gegen eine besondere Behandlung der auswärtigen Politik. Im Interesse einer Abklärung der Debatten beantragt Leuterich die Punkte: Vorstandsbericht, Bericht der Kontrollkommission, Referat und Fraktionsbericht zusammenzufassen.

Eduard Bernstein spricht für den Antrag, die auswärtige Politik besonders zu behandeln. Eine Klärung der auswärtigen Fragen sei gerade jetzt notwendig, wo Deutschland beinahe in der ganzen Welt ungünstig beurteilt wird, und wo man auch in der Internationalen auf die deutsche Arbeiterklasse mit Mißtrauen blickt.

Hoh. Danau: Wenn 4 Punkte der Tagesordnung zusammenbehandelt werden sollen, dann können wir den Rest auch noch gleich mitnehmen. Wie soll man über all diese Fragen in 10 Minuten sprechen? Die Genossen aus dem Lande wollen sich ausprechen, und dieses Recht soll man ihnen auch nicht auf Umwegen nehmen. (Unruhe.)

Otto Braun (Parteivorstand): Wenn wir fertig werden wollen, müssen wir ein starkes Maß von Selbstbeschränkung üben, sonst sitzen wir ein paar Wochen hier. Für eine Debatte über die äußere Politik gibt es keinen ungeeigneteren Zeitpunkt als jetzt, wo wir gar nicht wissen, was kommt.

Emmel-Holba: Soviel Punkte zusammengesprochen, gibt kein klares Disziplinärschick. Mindestens muß der Bericht der Fraktion besonders besprochen werden.

Freihorst-Brieg: Man erzählt, daß der Parteitag höchstens 2-3 Tage zusammenbleiben soll und daß deshalb alles abgeurteilt werden muß. (Unruhe.) Wir dürfen uns aber nicht, wie man sagt, von den Drahtziehern einlassen lassen, — ich mache mir diese Ausdrücke nicht zu eigen, denn wir haben ohnehin einen schlechten Stand im Lande.

Der Antrag, die Auslandspolitik besonders zu behandeln, wird mit 218 gegen 16 Stimmen angenommen. Der Punkt wird mit Scheidemanns Referat über die Aufgaben in der Republik verbunden. Als Korreferent wird Eduard Bernstein mit großer Mehrheit gewählt. Die übrigen Anträge auf Erweiterung der Tagesordnung werden abgelehnt, ebenso der Geschäftsordnungsantrag Leuterichs. Angenommen dagegen wird ein Antrag Emmel, den Fraktionsbericht besonders zu besprechen. Die übrigen Beschlüsse werden miteinander verbunden. Die Tagungszeit des Parteitag wird auf 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr festgesetzt.

Berlin. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, haben sich die drei Reichsminister Rosta, Schmidt und Wijnel nach Weimar begeben, um am dem sozialdemokratischen Parteitag teilzunehmen.

Der „Vorwärts“ schreibt: Der politisch bemerkenswerteste Vorgang der letzten ersten und letzten Eröffnungssitzung des Parteitag ist der Beschluß, das Thema „Auswärtige Politik“ als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und Eduard Bernstein mit dem Referat zu betrauen. Sichtlich läßt sich der Beschluß kaum rechtfertigen, weil die auswärtige Politik beim Fraktionsbericht und beim Referat Scheidemanns selbstverständlich mit zur Diskussion steht. Der Antrag Leuterich-Holba hätte somit eine Mehrheit erzielt, wenn nicht das persönliche Element bei der Entscheidung miteingewirkt hätte. Der Parteitag hat offenbar zeigen wollen, daß der alte Kämpfer Bernstein in wieder in den Reihen der Partei steht. Die alte Partei ist und bleibt der Sammelplatz aller wirklichen Sozialdemokraten. Sie will die Kritik nicht unterdrücken, verschiedene Meinungen in ihr Raum gewahren und nur die Einigung von Leuten hält sie für unmöglich die nicht mehr Sozialdemokraten sind. Bernstein wird nach Scheidemanns Referat über die Aufgaben der Partei am Donnerstag in einleitender Rede über die auswärtige Politik sprechen. Die Debatte über beide Punkte wird zusammengelegt.

Eine Dernburgdiade.

Wer erinnert sich nicht der jagenhaften Diamantfelder und prächtigen Kolmenhaine von Afrika, die einst Herr Dernburg im Reichstag so phantasiavoll vor den Augen der staunenden Welt zu entwickeln verstand. Jetzt macht nun der gleiche Herr Dernburg wieder einmal von sich reden. Es ist zum Staunen: Herr Dernburg hat nämlich die Reichsarbeitsjunde erfunden, ein Ding, das so aussieht:

Von einem bestimmten Tage an sollen alle Betriebe täglich eine Stunde länger als bisher arbeiten lassen. Für diese Reichsarbeitsjunde soll dem Arbeiter zunächst der übliche Stundenlohn ausbezahlt werden. Da es üblich ist, daß für Ueberstunden ein 1/3-er Lohn gezahlt wird, soll der Unternehmer diese Ueberstunden mit einem Aufschlag von 1/3 seiner Mark auf den regulären Stundenlohn bezahlen. Diese Mark wird aber nicht dem Arbeiter ausgehändigt, sondern an die Reichskasse abgeliefert.

Da in Deutschland etwa 21 Millionen Menschen für Lohn arbeiten, würde das der Reichskasse eine Einnahme von 630 Millionen Mark im Monat erbringen, im Jahre also 7 Milliarden. Da wir in Zukunft etwa mit einem Ausgabenetat von 25 Milliarden rechnen würde diese Reichsarbeitsjunde bereits ein Drittel unserer Ausgaben decken.

Wie es heißt, ist der Vater dieses schönen Gedankens augenblicklich eifrig bemüht, Stimmung für seine Idee zu machen. Ob er viel Gegenliebe finden wird, ist höchst fraglich. Nebenfalls werden sich die Arbeiter bedanken, neben sonstigen Dingen auch noch ein Drittel der gesamten Ausgaben auf ihre Schultern zu nehmen. Da möge Herr Dernburg doch erst mal andere Quellen „erschließen“. — Wenn Lasten zu tragen sind, dann muß ihre Verteilung gerecht sein und es darf kein Versuch gemacht werden, einseitig der Arbeiterklasse zu den normalen Steuern hinzu noch ein Drittel des Ertrags aufzubürden, sondern jeder wird entsprechend seiner Leistungsfähigkeit zu den notwendigen Einnahmen herangezogen. Es kann und darf aber keine über den Arbeitsstunden hinausgehende Verlängerung der Arbeitszeit Platz greifen, da die Arbeitskraft auch ein Volksgut und zwar das wichtigste ist, an dem auch kein Raubbau getrieben werden darf.

Zu den Separationsbestrebungen im besetzten Gebiet.

Die erledigte Rheinische Republik.

• Aus den beschlagnahmten Akten der holländisch erledigten Rheinischen Republik ergibt sich, daß die Drahtzieher dieser „Bewegung“ nicht nur ihr Vaterland schändlich verraten, sondern ihre französischen Günstlinge in der größten Weise irreführen haben. Die „Nationalen“ der Rheinischen Republik versicherten General Mangin und Oberstleutnant Binéan, daß 75 Proz. der Bevölkerung sich am Putz beteiligen würden. Man kann sich wohl die Ueberreizung und Enttäuschung leicht vorstellen, von der die französischen Befehlshaber betroffen wurden, als die 75 Prozent der Bevölkerung in einem Wäckerdutzen Sonderbündler sich entpuppten, die von der Bevölkerung zum Teil mit einer Tracht Prügel „bedacht“ wurde.

Es ist deshalb nur zu begreiflich, daß General Mangin offiziell zum Ausdruck brachte, daß er an der Rheinischen Republik des Fr. Dorian nicht mehr interessiert sei. Dieser Rückzug wird allerdings gebekt mit der Brutalität des französischen Stadtkommandanten, ihre Ortshaupten und Städte von demjenigen führenden Personen zu jähern, die nicht gegen den Abwehrkampf aufgetreten sind. So hat der Kommandant von Söcht den Landrat Dr. Klaus und den Oberbürgermeister Dr. Jahnke auf unbestimmte Zeit „beurlaubt“ und aufgefordert, höchst innerhalb 48 Stunden zu verfahren. Landrat Dr. Klaus nahm jedoch diesen Befehl nicht an und erklärte, er sei preußischer Beamter und werde nur den Befehlen seiner vorgesetzten preußischen Behörden nachkommen. Er ließ gleichzeitig den französischen Kommandanten nicht darüber im Zweifel, daß er nur der Gewalt weichen werde.

Baden.

Der Zentrumsabgeordnete und die sozialistischen Minister.

In der Ortsgruppe Basel der badischen Zentrumspartei sprach vor kurzem der Zentrumsabgeordnete Seubert. Wie nun unser Basler Parteiblatt, der „Vorwärts“, berichtet, suchte Seubert seine Ausführungen zu „würzen“ durch recht tollste Angriffe auf zwei badische sozialistische Minister, die Genossen Geiß und Rückert. U. a. führte er aus:

„Man könne wohl ein guter Gastwirt sein; aber das mache den Minister noch nicht aus, wenn man sich nicht auf die alten, bewährten Kräfte stützen könne. Unter diesen Umständen könne auch ein Schlossergeselle auf dem Ministerstuhl sitzen.“

Was Herr Seubert wahrscheinlich erzielen wollte, trat ein: Die Angriffe auf Geiß und Rückert lösten (nach dem „Basler Vorwärts“) große Heiterkeit in der Versammlung aus. Auf die Versammelten trifft allerdings das bekannte Wort zu: Spotten ihrer selbst und wissen es nicht! Denn ein Angehöriger des Zentrums sollte sich hüten, die früheren Verufe heute im Staatsleben führenden Männer zum Gegenstand von billigen und wirklosen Angriffen zu machen, da sich ja das Zentrum bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit rühmt, eine Volkspartei zu sein und insbesondere mit den mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung gute Fühlung zu haben. Man schämt sich doch heute auch in Zentrumskreisen für den sehr zeitgemäßen Grundsatz: Freie Bahn dem Tüchtigen! Wozu also die törichte Frage Seuberts: Welches Gewerbe hat der Tüchtige früher ausgeübt? Er begegnet sich damit allerdings völlig mit den badischen Unabhängigen und den Kommunisten, die in ihren Mannheimer und Karlsruhe Presseorganen auch nichts gescheiteres zu tun wissen, als sich über die früheren Verufe derzeitiger badischer Minister, soweit sie Sozialdemokraten sind, zu unterhalten.

Im übrigen ist doch auch in der Zentrumspartei nicht alles Gold was glänzt. In Badolzburg am Bodensee haben bei der kürzlich stattgefundenen Gemeinderatswahl zwei christlich organisierte Bürgerausschußmitglieder, die dem Zentrum angehören, nicht abgestimmt. Die Folge war, daß die Sozialdemokratie einem 5/6 mehr erhielt und das Zentrum dadurch einen Gemeinderatsitz verlor. Der „Bad. Beobachter“ beschäftigt sich am Montag

(Nr. 284) in seinem Leitartikel: „Rückblick auf die Gemeinderatswahlen im Seckreis“ mit dem Adolfsjeller Fall und läßt durchblicken, daß auch beim Zentrum nicht alles glatt geht, daß es da ebenfalls menschelt. Wir stoßen in dem betr. Artikel auf folgenden Passus:

Wie in Adolfsjeller hat auch in manch anderen Gemeinden die persönliche Verdrängerung eine große Rolle gespielt und in manchen Gemeinden wurde unserer Partei Schaden zugefügt. Das persönliche Strebertum, der Egoismus und die Vetterleswirtschaft war noch für jede Bewegung von Nachteil. Sie ist undemokratisch.

Kun also: Strebertum, Egoismus, Vetterleswirtschaft! So zu lesen im Zentralsorgan der badischen Zentrumspartei. Herr Seubert, wie wird Ihnen? Lag da Veranlassung vor, sich in Basel die sozialdemokratischen Minister besonders vorzunehmen, wenn man selbst im Glashaus sitzt? In jedem Falle war der Angriff des Herrn Seubert deplaziert und in keinem Falle dazu angehen, die Basler Anhänger des Zentrums über die wahren politischen Ursachen der gegenwärtigen trostlosen Zustände im Reich und in Baden wahrheitsgemäß aufzuklären.

Vorbereitungen zur Gegenrevolution!

Vom Lande schreibt uns ein Genosse: In den Parteikreisen und Schenkstätten wird zur Zeit eine keine Schrift verhandelt, die den Titel trägt, „Von der Vergiftung des deutschen Volkes.“ Eine ganz tolle antisemitische Hebe; über die man zur Tagesordnung übergehen könnte, wenn nicht diese heimlich-heimliche „Vergiftung“ eine ungeborene Gefahr wäre, die für uns, die wir mit der Revolution stehen und fallen, von weittragender Bedeutung ist. Die Herrschaften, die sich im November nicht schnell genug „auf den Boden der Revolution“ haben stellen können, nämlich um ihn jetzt heimlich zu unterwühlen, werden froh, Sie mögen sich bereits so langsam ans Tageslicht. Denn der genannten Brotschüre ist ein Flugblatt beigelegt, um dessen Verbreitung gebeten wird, das in Massen bezogen werden kann und in dem es u. a. heißt:

„Unsere heutige Regierung besteht fast ausnahmslos aus Juden und Freimaurern. Wir rufen: nieder mit der Judenherzhaft in Deutschland! An den Galgen mit den Drahtsiechern der Revolution, bevor sie uns ganz zugrunde richten. Wir wollen keine Judenrechte werden und keine Engländerrechte! Wir wollen wieder ein Oberhaupt haben, das uns führt. Wir wollen wieder kämpfen gegen unsere Feinde. Wir wollen siegen oder untergehen. Wir rufen einen Mann an unsere Spitze, der sein Vaterland über alles liebt, der ein tüchtiger Führer ist und ein Herz hat für seine Untertanen. Der Mann ist da!“

Also von neuem soll wieder das deutsche Volk in einen Krieg hineingeworfen werden — der Führer ist ja da! Genossen, die Augen auf! Die Gegenrevolution ist am Werk! Die alten Gewalten haben nicht klein beigegeben. Schon rufen sie nach dem starken Mann und wollen unsere gegenwärtigen Führer an den Galgen hängen. Das Flugblatt redet eine deutliche Sprache. Die Reichsregierung aber sollte sich einmal den Untertanen dieses Reiches, einen Herrn C. Köster, und die Hauptstelle für Aufklärung, Berlin SW. 11 Veraburgerstr. 19 näher anschauen!

Hauptversammlung des Verbandes badischer Gewerbeschulmänner. Am Samstag, 7. d. M., fand in Karlsruhe die 12. Hauptversammlung des Verbandes badischer Gewerbeschulmänner statt. Es wurden dabei die Hauptfragen der Neugestaltung des gewerblichen Schulwesens erörtert und wichtige Beschlüsse gefaßt. Diese beziehen sich vor allem auf die unserer neuen Zeit gemäße Erziehung und Förderung der Schule des werktätigen Volkes, deren Bedeutung als kultureller Bildungsfaktor den bisher geltenden Anschauungen entsprechend nur geringe Beachtung und Würdigung gefunden hat. Es mag als ein erfreuliches Zeichen angesehen werden, daß die versammelten Vertreter der organisierten Gewerbeschulmännerchaft Badens mit voller Einmütigkeit sich auf den Boden der neuen Forderungen stellen, für deren Erfüllung sie im vollen Bewußtsein ihrer Mitverantwortlichkeit am neuen Aufbau sich reiflich einzusetzen gewillt sind.

Badischer Lehrerbund. Vor einigen Tagen fand in Karlsruhe zwischen den Vorständen der badischen Lehrervereine und einem Vertreter der Techn. Hochschule eine Aussprache über die Gründung eines „Badischen Lehrerbundes“ statt, der die Lehrenden an Volks-, Fach-, Höheren- und Hochschulen umfassen soll. Wie die „Bad. Schulzeitung“ berichtet, herrschte in der Aussprache die einmütige Ueberzeugung vor, daß ein Zusammenschluß aller badischen Lehrer zu gemeinsamer Arbeit ein unabwendbares Gebot der Stunde sei. Der „Badische Lehrerbund“ soll sich, unbeschadet der Eigenart und möglichen Selbstständigkeit der Einzelvereine und ihrer Arbeit, mit der Aufstellung von Grundfragen und Leitgedanken befassen, auf die das gesamte Bildungswesen aufgebaut und äußerlich und innerlich ausgerichtet werden soll. In einer am 14. Juni stattfindenden Vertreterversammlung des Verbandes der Beamten- und Lehrervereine Badens wird die Frage der Gründung des Lehrerbundes entschieden werden.

Baden-Baden, 10. Juni. Am Pfingstmontag entstand durch leichtsinniges Schützens Jugendlicher Ausflügler mit Feuer auf der Badener Höhe ein Waldbrand.

Gernsbach, 10. Juni. Im Maschinenhaus der Fabrik von Raff brach heute früh ein Brand aus, der von der Feuerwehr gelöscht werden konnte.

Sundweier, 10. Juni. Der Städtische Zigarrenmacher Ferdinand Luber wurde am Pfingstmontag beim Wildern im Niederseppheimer Wald überfallen und beim Kampf mit dem Jagdhüter erschossen.

Weinheim, 11. Juni. Zu dem Einbruch in die Freudenbergsche Villa ist nach zu melden, daß durch die Gendarmen eine Anzahl Verhaftungen von tatverdächtigen Personen im Alter von 18 bis 25 Jahren vorgenommen wurden. Seitens der Staatsanwaltschaft ist auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 6000 M. ausgesetzt. Professor W. H. Freudenberg, der im Kampfe mit den Eindringern durch mehrere Schüsse schwer verletzt wurde und im Heiligen Adl. Krankenhaus liegt, ist 38 Jahre alt und Privatdozent der Geologie in Göttingen.

Städtgüterversteigerung. Die Annahme von Stadtschulden ist allgemein freigegeben. Derliche Annahmepenzen bleiben jedoch unberührt. Ferner sind Eiltschulden (ausgenommen im innerstädtischen Verkehr und im Verkehr mit Württemberg) bis auf weiteres noch den Bestimmungen der Prelliste unterworfen.

Die Handelslehrerprüfung für 1919 wird am 31. Juli, vormittags 8 Uhr beginnen. Gesuche um Entlassung sind bis zum 30. Juni beim Ministerium des Kultus und Unterrichts einzureichen.

Feierplanänderungen. Der Zug 1293, Mastst. ab 3.05 nachm., Raunmünz ab 4.46, wird an Sonn- und Feiertagen regelmäßig durchgeführt. Zwischen Raunmünz und Karlsruhe verkehrt der Zug 1292 Sonn- und Feiertagen regelmäßig, Raunmünz ab 7.10 nachm., Karlsruhe (über Durmersheim) an 9.00 nachm. Ferner verkehrt an Sonn- und Feiertagen zwischen Karlsruhe und Mastst. der Zug 792: Karlsruhe ab 10.25 nachm. (über Durmersheim), Mastst. an 11.01 nachm. mit Halt auf allen Zwischenstationen.

Schmuggel und Schleichhandel. Im Neckgau, vor allem in Orlingen bei Badstut, ist man in den letzten Tagen so umfangreichen Schmuggel- und Schleichhandels auf die Spur gekommen, daß mehrere Rauffassungen notwendig waren, um das Lebensmittel nach Waldstut zu beschlagnahmen. — In der Güterhalle zu Gaujach fiel ein Expreßgutstück, das angeblich Aussteuerartikel enthielt, auf. Als man es untersuchte, fand man darin 2 Zentner Ochsenfleisch. — In Osterburken wurden innerhalb zwei Tagen zwei Ruten Kerzen, 1600 Tafeln Schokolade, 1 1/2 Zentner Kakao, sieben Zentner Schweinefleisch beschlagnahmt. Die Waren wurden Schiedern abgenommen und sollten nach Norddeutschland kommen. — In Vaihingen a. E. wurde ein nach Forstheim fahrendes Fuhrwerk angehalten, in dem ein ganzes Kind und ein Viertel einer Kuh zum Vorschein kamen.

Die Verpflichtung der Bezirksräte. Das Ministerium des Innern hat in der Aufhebung des Erlasses vom 1. Oktober 1884 über die Ernennung der Bezirksräte bestimmt, daß künftighin die Bezirksräte bei ihrer ersten Versammlung durch feierliches Handgelübde an Eidesstatt in Verbindung Form verpflichtet werden: „Ich verpflichte mich feierliches Handgelübde an Eidesstatt, daß ich meine Pflichten als Bezirksrat treu und gewissenhaft erfüllen werde. Auf Ehre und Gewissen.“

Aus der Partei.

Durlach, 10. Juni. In einer am 6. Juni stattgehabten Parteiverammlung wurde zur Bürgermeisterwahl Stellung genommen. Gen. Weber teilt zunächst mit, daß die beiden jom. Parteien zwar im Wünnegenschied die Mehrheit erhalten heften, im Gemeinderat jedoch nur 8 von 16 Sitzen. Die U.S.P. sei mit der Anregung an uns herangetreten, zur Gemeinderatswahl eine gemeinsame Liste aufzustellen, sei aber dann einer einberufenen gemeinsamen Sitzung der beiden Fraktionen demotivativ ferngeblieben, so daß dann jede Fraktion einen besonderen Wahlvorschl. machte. Bei der Wahl war ein Fraktionsmitglied der U.S.P. am Erscheinen verhindert, infolgedessen bestand zwischen ihr und der demokratischen Partei Stimmengleichheit. Das Los müßte entscheiden und entschied zu Gunsten der Demokraten, so daß diese mit 12 Bürgerentschuldsigen 3 Gemeinderäte, die U.S.P. mit 13 Eitzen 2 Gemeinderäte erhielt. Wir erhielten 6 Sitze. Bei einer gemeinsamen Liste hätten wir es sicher zusammen auf 9 Sitze gebracht. Bei der Bürgermeisterwahl wäre es wohl möglich gewesen, bei gemeinsamen Vorschlag eine jom. Kandidatur anzustellen und auch durchzuführen, aber nach der Probe bei der Gemeinderatswahl ist dies natürlich aussichtslos und er empfahl dem 1915 an Stelle des verstorbenen Dr. Reichard probatorisch für die Kriegsdauer gewählten Dr. Hierau die Stimme zu geben. Die Wahl sei auf 21. Juni, anberaumt und zwar im Einverständnis mit sämtlichen Fraktionsführern. Auch gegen diesen Wahltermin habe die U.S.P. nachträglich Einspruch erhoben und Ausschreibung des Wotens verlangt. Gen. Weber gab ausführlich die Gründe bekannt, die gegen diese Auffassung sprächen und uns zu ihrer Ablehnung veranlaßten. Die Versammlung erklärte sich mit den von Gen. Weber gemachten Vorschlägen einverstanden.

Durlach, 10. Juni. Jugendbund! Heute abend 9 1/2 Uhr findet im Lokal „Goldener Löwe“ die Besprechung des Programms für den Juli statt. Die Eltern werden gebeten, ihre Söhne und Töchter, die der Schule entlassen sind, in die Veranstaltung zu schicken.

Waldenfeld. Sozialdem. Verein. Freitag, 13. Juni, abends 9 Uhr, findet eine außerordentliche Parteiverammlung im Lokal statt. Es geht die letzten Arbeiten zu treffen für den Wahlkampf. Alle Mann auf die Schanzen, keiner fehlet! Freunde unserer Sache willkommen!

Niederst. 11. Juni. Am heutigen Donnerstag abend halb 9 Uhr findet in der Wirtschaft zur „Eintracht“ hier und morgen Freitag abends 9 Uhr in der „Ara“ in Böck ein Parteiverammlung statt. Es liegt im eigenen Interesse der Genossinnen und Genossen, vollzählig zu erscheinen, damit am Sonntag bei der Wahl etwas Ersprießliches erzielt werden kann. Der 1. Vorstehende Genosse Schmidt wird Bericht erstatten über die vom Kommunalverband Mastst.-Land so wenig zugeleiteten Mandatwaren und über die Protunterstützung von der Lebensmittel-Prüfungskommission der technischen Hochschule in Karlsruhe.

Staufensberg, 10. Juni. Freitag 13. Juni, hält der Sozialdem. Wahlverein im Gasthaus zum „Sternen“ eine Versammlung ab. Da es gilt, die letzten Vorbereitungen für die bevorstehende Gemeinderatswahl zu treffen, ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, unbedingt zu erscheinen.

Kommunalpolitik.

Bürgerentschuldigung in Ettlingen. a. Ettlingen, 7. Juni. Bereits am 4. Juni fand hier die erste Sitzung des neugebildeten Bürger-Entschuldigungsausschusses statt, in der zum ersten Male auch die Frauen vertreten waren.

In seiner Begrüßungsansprache wies Herr Bürgermeister Engel auf die schicksalshangere Zeit hin, in der die Gemeindeverbunden ihre Arbeit beginnen. Uebergehend auf die wirtschaftlichen Abie der Gemeinden, deren Aufgabenzweck in ständigen Wachsen besteht, so dieselben die an sie gestellten Verpflichtungen erfüllen, bedarf es hierzu auch der Umgestaltung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden. Wenn das heute auch noch recht gering ist, so hat doch das neue Wahlrecht eine breitere Basis der Anteilnahme an den Geschäften und Entwicklung der Gemeinde jedem Einwohner gegeben. Ungeheure Probleme haben die Gemeinden zu lösen, hierzu bedarf es trotz aller Verschwiegenheit der Parteiamtsleitungen der fleißigen Mitarbeit zum Wohle und Glücke unseres Gemeinwesens. Unser Fraktionsvorsitzender Gen. Lepper wies darauf hin, daß wir von jeher gerne bereit zur Mitarbeit waren am Gemeinwohl, aber das Dreiklassen-Wahlrecht stempte uns zu Außenseitern, wir hatten keine Vertretung im Gemeinderat. Heute sei das durch die Ertragungsarbeiten der Revolution anders geworden. Unsere Forderungen an die Gemeinde werden stets im Rahmen des Erreichbaren liegen, wenn sie auch weitgehender sein werden als bisher.

Die Fraktionsführer der übrigen Parteien bekundeten ebenfalls ihre Vereinstmütigkeit zur Lösung der Probleme, die im Schoße der Gemeinde ihrer Erledigung harren, worauf der 1. Punkt der Tagesordnung: „Erweiterung des Gemeinderats auf 12 Mitglieder“ einstimmig genehmigt wurde. Zur 2. Vorlage: Errichtung einer Kotsgasanlage wurde von unserer Seite darauf hingewiesen, daß es sehr angebracht sei, daß auch die Gemeinden die technischen Ertragungsarbeiten mehr wie bisher in ihre Dienste stellen, um so eine rationelle Ausnutzung ihrer Betriebe herbeizuführen. Wir verlangen, daß werdende Anlagen immer aus Anlehensmitteln befristet werden. Einstimmig gelangte auch diese Vorlage zur Annahme.

Veranlaßt durch die immer schlechter werdende Vorsehung der Stadt mit Milch seitens der landlichen Erzeuger sah sich die Stadt gezwungen, die Eigenproduktion zu erhöhen, was in einer Vorlage betr. Ankauf von 8 Milchfüßen zum Ausdruck kam. Warm begrüßt konnte auch hier Einstimmigkeit erzielt werden. Ebenso bei den nachfolgenden Vorlagen. Ansetzung einer Stein-

brecheranlage und Grundstücksverpachtung an die Firma Kunst- gliederbau.

Der letzte Punkt Errichtung einer städt. Kinderkrippe, bedeutet für unsere Stadt eine neue soziale Einrichtung. Gedacht ist dieselbe als Tageskrippe, und wird im Elisabethenhaus errichtet. Genossin Vandel begrüßte die Vorlage aufs wärmste, notwendig sei hier wegen der Knappheit der Anlage, daß diejenigen Kinder zuerst aufgenommen werden, deren Mutter auf Erwerb angewiesen ist, was seitens des Herrn Bürgermeisters zugesagt wurde.

Von allen Parteien wurde mit warmen Worten für die Vorlage eingetreten, ein Fortschrittl. glaubte sogar die Geburlenzahl würde sich dadurch erhöhen. Na, na, soweit wirds nicht ganz langen.

Lebensmittelnot in Kuppenheim.

Kuppenheim, 8. Juni. In letzter Zeit kam es hier mehrere Male vor, daß bei keinem Bäcker oft während zwei und drei Tagen Brot zu bekommen war. Zudem ist das Brot im Vergleich zu anderen Orten manchmal direkt ungenießbar, insbesondere wenn es nicht acht bis zehn Tage gelagert hat. Auch bekommen die Kranken ihr zutragendes Auszugsmehl nur teilweise, den anderen Teil müssen dieselben in Brotmehl nehmen. Es kommt ansehend zu viel Mehl nach Baden-Baden. Fett, Eier und sonstiges, was in den Städten regelmäßig ausgegeben wird, gibt es hier überhaupt nicht. Die doch sicher berechtigten Klagen finden auf dem Rathaus kein Gehör, im Gegenteil kann man oft Bemerkungen hören wie: „Ich hab doch auch nichts“ oder als ein Kranter um Milch nachsuchte: „Milk doch nicht!!“ usw. Diese Zustände sind aber leicht begreiflich, wenn man in Betracht zieht, daß sämtliche Herren vom Rathaus „wohlgenährte Selbstverpfleger“ sind, die nicht nachhühen können, wie es einem zu Hause, wenn man den ganzen Tag ohne Brot arbeiten soll. Es dürfte aber auf dem Bürgermeister wohl bekannt sein, daß sehr viele Lebensmittel in die Hotels nach Baden-Baden wandern zu Preisen, die für Arbeiter und Beamte unerschwinglich sind. Wo bleibt hier die soziale Fürsorge? Oder wollen sich die „Herren vom Rathaus“ ein „Mates Mädechen“ verdienen? Die Zeit der „Ordn.“ ist aber doch Gott sei Dank vorüber.

Durlach, 11. Juni. Die heutige Bürgermeisterwahl hatte folgendes Ergebnis: von 89 Stimmberechtigten haben 81 abgestimmt. Davon entfielen auf den bisherigen provisorischen Bürgermeister Dr. Hierau 62 Stimmen, 2 Stimmen waren zerstreut, ferner wurden 17 weiße Stimmzettel abgegeben. Die Unabhängigen gaben weiße Zettel ab, ihnen schlossen sich einige verärgerte Bürgerliche an.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 12. Juni.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Gestern abend wurde in einer öffentlichen Versammlung des Aktionsausschusses beschlossen, als Protest gegen die Erschießung Lebins morgen Freitag eine große Demonstrations-Versammlung abzuhalten und die Arbeitsniederlegung für den ganzen Tag zu fordern. Es wurde sogar die Stilllegung des Personenverkehrs auf den Bahnen, sowie des Straßenbahnverkehrs gefordert, und wenn nicht anders ginge, unter Anwendung von Gewalt.

Wie aus den Ausführungen des Referenten und aus der Diskussion hervorging, handelt es sich aber nicht nur darum, um gegen die Erschießung Lebins Protest zu erheben, sondern den Fall Lebine zu einer großen Sache gegen die Regierung und unsere in derselben sitzenden Parteigenossen zu mißbrauchen.

Unsere Partei ist, wie bekannt, dafür eingetreten, daß das Urteil an Lebine nicht vollstreckt wird. Der Bayerische Ministerpräsident Gen. Hoffmann hatte an der Sitzung die das Todesurteil bestätigte, nicht teilnehmen können. Hat aber in einem Telegramm aus der Schweiz das Ministerium gebeten, die Todesstrafe nicht zu vollziehen.

In der Versammlung wurde auch betont, daß wenn der Aktionsauschluß ruft, Partei- und Gewerkschaftsführer nichts zu sagen haben. Hier geht die Kompetenz des Aktionsauschusses doch zu weit.

Die hiesige Partei- und Gewerkschaftsleitung fordert die Gewerkschafts- und Parteigenossen auf, sich an der Demonstrationsversammlung, sowie an der Arbeitsniederlegung nicht zu beteiligen.

Zur Bürgermeisterfrage

Schreibt man uns: Der Ausgang der Kommunalwahlen hat so weit er unsere Partei betrifft —, wir wollen es ruhig eingestehen der Öffentlichkeit eine große Ueberbahrung und eine noch größere Enttäuschung gebracht. Wo ist diesmal am Wahltag die so oft und glänzend bewährte Disziplin geblieben? Wo blieben die Arbeiterdemonstrationen, die sonst, treu wie Gold, antraten — als Wahlgegner gefürchtet, als Verbündete geschätzt und umworben — warum haben sie diesmal versagt?

Es ist nicht meine Absicht, hier die Gründe für diese auffällige Erscheinung zu untersuchen, das wird an andern Stellen geschehen; ich konstatiere nur die beauerliche Tatsache und ihre Folgen für den Einfluss unserer Partei auf die Kommunalverwaltung. Statt ausschlaggebend zu sein und bei Befragung aller Stellen unsere bewährten Grundzüge klar und deutlich zum Ausdruck bringen zu können, sind wir nun leider wieder auf die Kompromisse mit andern angewiesen (das Volk hat den bezeichnenden Ausdruck „Ruhhandel“ dafür geprägt) und dadurch in jeder Weise gehemmt und unliebsam beschränkt.

Allerdings haben wir ja infolgedessen immer noch einen hoch erfreulichen Erfolg zu verzeichnen, daß einer der unsern für einen der Bürgermeisterposten in Betracht kommt — aber — täuschen wir uns ja nicht — wenn das bisherige Oberhaupt der Stadt wirklich bleiben sollte — dann wird der Mann unseres Vertrauens einen harten Stand haben. Statt in freudiger erholender Arbeit seine Kräfte fruchtbar zu machen, wird er sich aufreiben im steten Kampf mit offenen und geheimen Widerständen; je tüchtiger er sich zeigt, um so größer wird die Gefahr für ihn sein, mit allen Mitteln lahmgelegt zu werden (es sei hier nur an die Namen Fels, Hörsenbach, Dietrich als bekenntnisvolle noch so vielen andern erinnert). Wir hoffen und wünschen aber, daß eine Veränderung in der Besetzung der ersten Stelle die angedeutete Gefahr für immer beseitigt.

Arbeitsniederlegung für den ganzen Tag zu fordern. Es wurde sogar die Stilllegung des Personenverkehrs auf den Bahnen, sowie des Straßenbahnverkehrs gefordert, und wenn nicht anders ginge, unter Anwendung von Gewalt.

Wie aus den Ausführungen des Referenten und aus der Diskussion hervorging, handelt es sich aber nicht nur darum, um gegen die Erschießung Lebins Protest zu erheben, sondern den Fall Lebine zu einer großen Sache gegen die Regierung und unsere in derselben sitzenden Parteigenossen zu mißbrauchen.

Unsere Partei ist, wie bekannt, dafür eingetreten, daß das Urteil an Lebine nicht vollstreckt wird. Der Bayerische Ministerpräsident Gen. Hoffmann hatte an der Sitzung die das Todesurteil bestätigte, nicht teilnehmen können. Hat aber in einem Telegramm aus der Schweiz das Ministerium gebeten, die Todesstrafe nicht zu vollziehen.

In der Versammlung wurde auch betont, daß wenn der Aktionsauschluß ruft, Partei- und Gewerkschaftsführer nichts zu sagen haben. Hier geht die Kompetenz des Aktionsauschusses doch zu weit.

Die hiesige Partei- und Gewerkschaftsleitung fordert die Gewerkschafts- und Parteigenossen auf, sich an der Demonstrationsversammlung, sowie an der Arbeitsniederlegung nicht zu beteiligen.

Schreibt man uns: Der Ausgang der Kommunalwahlen hat so weit er unsere Partei betrifft —, wir wollen es ruhig eingestehen der Öffentlichkeit eine große Ueberbahrung und eine noch größere Enttäuschung gebracht. Wo ist diesmal am Wahltag die so oft und glänzend bewährte Disziplin geblieben? Wo blieben die Arbeiterdemonstrationen, die sonst, treu wie Gold, antraten — als Wahlgegner gefürchtet, als Verbündete geschätzt und umworben — warum haben sie diesmal versagt?

Es ist nicht meine Absicht, hier die Gründe für diese auffällige Erscheinung zu untersuchen, das wird an andern Stellen geschehen; ich konstatiere nur die beauerliche Tatsache und ihre Folgen für den Einfluss unserer Partei auf die Kommunalverwaltung. Statt ausschlaggebend zu sein und bei Befragung aller Stellen unsere bewährten Grundzüge klar und deutlich zum Ausdruck bringen zu können, sind wir nun leider wieder auf die Kompromisse mit andern angewiesen (das Volk hat den bezeichnenden Ausdruck „Ruhhandel“ dafür geprägt) und dadurch in jeder Weise gehemmt und unliebsam beschränkt.

Allerdings haben wir ja infolgedessen immer noch einen hoch erfreulichen Erfolg zu verzeichnen, daß einer der unsern für einen der Bürgermeisterposten in Betracht kommt — aber — täuschen wir uns ja nicht — wenn das bisherige Oberhaupt der Stadt wirklich bleiben sollte — dann wird der Mann unseres Vertrauens einen harten Stand haben. Statt in freudiger erholender Arbeit seine Kräfte fruchtbar zu machen, wird er sich aufreiben im steten Kampf mit offenen und geheimen Widerständen; je tüchtiger er sich zeigt, um so größer wird die Gefahr für ihn sein, mit allen Mitteln lahmgelegt zu werden (es sei hier nur an die Namen Fels, Hörsenbach, Dietrich als bekenntnisvolle noch so vielen andern erinnert). Wir hoffen und wünschen aber, daß eine Veränderung in der Besetzung der ersten Stelle die angedeutete Gefahr für immer beseitigt.

Allerdings haben wir ja infolgedessen immer noch einen hoch erfreulichen Erfolg zu verzeichnen, daß einer der unsern für einen der Bürgermeisterposten in Betracht kommt — aber — täuschen wir uns ja nicht — wenn das bisherige Oberhaupt der Stadt wirklich bleiben sollte — dann wird der Mann unseres Vertrauens einen harten Stand haben. Statt in freudiger erholender Arbeit seine Kräfte fruchtbar zu machen, wird er sich aufreiben im steten Kampf mit offenen und geheimen Widerständen; je tüchtiger er sich zeigt, um so größer wird die Gefahr für ihn sein, mit allen Mitteln lahmgelegt zu werden (es sei hier nur an die Namen Fels, Hörsenbach, Dietrich als bekenntnisvolle noch so vielen andern erinnert). Wir hoffen und wünschen aber, daß eine Veränderung in der Besetzung der ersten Stelle die angedeutete Gefahr für immer beseitigt.

Sollte aber, wider Erwarten, eine Partei, die, unter den heutigen Verhältnissen ungeheuer große Verantwortung für eine Wiederwahl des Herrn Oberbürgermeisters tatsächlich übernehmen, dann gilt es für uns jederzeit, Mann für Mann zu unserem Erwahlten zu stehen und uns durch keinerlei Mäander irre machen zu lassen. Auf alle Fälle wünschen wir ihm eine robuste Gesundheit — starke Nerven und — eine bide Haut.

In einem „Ein offenes Wort zu den Bürgermeisterwahlen“ überschriebenen Artikel beschäftigt sich auch Herr Stadtrat Frey mit der Angelegenheit. Trotz der etwas reichlich lang geratenen Ausführungen von Herrn Frey — was es uns unmöglich macht, sie abzuordnen —, können wir nicht finden, daß Herr Frey irgend welche neue Gesichtspunkte vorbringt. Herr Frey glaubt bedauern zu müssen, „daß jetzt die Befragung der Bürgermeisterstellen auf einer Frage der Parteipolitik gemacht wird“. Als ob das bisher auf dem Karlsruher Rathaus nicht immer der Fall gewesen wäre; es kam eben nur nicht nach außen hin zum Ausdruck, weil bei der bisherigen Allein Herrschaft der Nationalliberalen ein Verlangen einer anderen Partei auf einen Bürgermeisterposten ausichtslos gewesen und ein etwaiger Anspruch bei den Herren Nationalliberalen entweder mit Erschauen oder gar mit Heiterkeit aufgenommen worden wäre. Auf den babylonischen Rathäusern war von jeder die Frage der Befragung der Bürgermeisterstellen eine parteipolitische, und es steht den Demokraten, Nationalliberalen oder wie sich die Herrschaften jetzt nennen mögen, schlecht an, nun Aristokratien zu verfechten, weil ihnen wiederum ein Teil ihrer Herrschaft entzogen werden soll.

Herr Frey singt dann in hohen Tönen ein Loblied auf die Tätigkeit der beiden Bürgermeister Siegrist und Paul, das einem Parteigänger der beiden Herren ja alle Ehre macht, was uns selbst aber in unserer Anschauung nicht irre machen kann. Seine Schlussfolgerung ist demnach: die beiden Bürgermeister müssen auf ihren Posten bleiben — aber die Ansprüche der Sozialdemokraten und des Zentrums müssen auch berücksichtigt werden. Deshalb: es sind zwei neue Bürgermeisterstellen zu errichten. Das wäre eine Lösung, die Karlsruher Meinung schließlich auch herausgebracht hätte, die aber nur den einen Schaden hat: daß sich die beiden anderen Parteien, Zentrum und Sozialdemokraten, wohl nicht darauf einlassen werden. So geht es denn doch nicht, daß man den Demokraten, um einmal parteipolitisch zu reden, einfach ihre vier Stühle ihnen dadurch eine feineswegs zuzubilligende Nachbesserung im Stadtrat verschafft und den beiden anderen Parteien dann, um ihnen den Mund zu stopfen, zwei fünfte Plätze am Stadttarren, zwei weitere „Amtsgehilfen“, als was der Herr Oberbürgermeister seine Bürgermeister zu bezeichnen pflegt — laut Städteordnung! — gütigst gewährt. Das wäre ja ein feiner Witz für die Herren Demokraten bei den nächsten Wahlen. Herr Frey will zwar das schon vorbeugen, aber wir kennen doch unsere demokratischen Gesinnungslöhner; in der Wahl der Mittel zur Erreichung ihrer Mandate waren die Demokraten noch nie wählerisch, sie sind auch noch nie von allgütiger Reue im Wahlkampf befallen worden.

Es handelt sich für uns aber nicht einmal so sehr um die Erhaltung eines Bürgermeisterpostens, als vielmehr um die Wende der Demokratie; und dieses System wird nicht beseitigt durch Bezeichnung der Bürgermeisterstellen, sondern durch Befestigung der Träger des Systems. Das war ja auch die Ansicht der Generalversammlung unserer Partei vor 8 Tagen. Wie die Stellung unserer Gen. Sauer unter der „Herrschaft“ Siegrist wäre.

fragt der Genosse in der oben wiedergegebenen Zuschrift. Und dazu sind uns unsere Arbeitskräfte in der Partei denn doch zu wertvoll und zu schade, als daß sie lediglich „Amtsgehilfen“, Handlanger wäre deutlicher, der obersten Stelle sein sollten. Das muß auch einmal betont werden. Also, so groß und schön und gut gemeint und — nationalliberal die Anschauungen und Vorschläge von Herrn Frey auch sind: Wir danken freundlichst. Die Demokraten müssen schon ausnahmsweise mal Wege des Rechts anstatt des Krafthandels gehen, wenn sie zum Ziele und zur Einigung gelangen wollen.

Arbeiterjugend (Freie Jugend) Karlsruhe. Heute Abend 8 Uhr findet im Lokal der Arbeiterjugend, städtisches Jugendheim, ein Dichter-Abend statt. Gen. Höhn wird einen Vortrag über den Dichter Heinrich Heine halten; im Anschluß hieran werden Jugendblinde Gedichte von Heine zum Vortrag bringen. In 8 Tagen, Freitagabend, findet wieder ein Musikfest statt, gemeinsam mit der Arbeiterjugend von Durlach. Die Jugendgenossen und Genossinnen werden ersucht, vollständig zu der heutigen Veranstaltung zu kommen und auch Bekannte und Freunde und Freundinnen mitzubringen. Auch die Arbeiterältern seien immer wieder nachdrücklich auf die Veranstaltungen der Arbeiterjugend hingewiesen, mit der dringenden Bitte, Ehre und Töchter der Arbeiterjugend auszuführen.

Konzert im Stadtpark. Heute Donnerstag, 12. Juni, abends von 7—11 Uhr, finden bei gutem Wetter „Költschmische Musikaufführungen“ des Orchester-Vereins Karlsruhe statt. (S. d. Anzeige.)

Letzte Nachrichten.

Der Generalfreist in Braunschweig abgelehnt.

Braunschweig, 12. Juni. Die die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet, ist der von der kommunistischen Partei angestrebte Generalfreist am Begräbnistage der Rosa Luxemburg von einer Versammlung der Betriebsausschüsse mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Sturmzeichen?

W.D. Versailles, 11. Juni. In der Kammer wurden Interpellationen über Hausdurchsuchungen im Nationalrat der Presse und beim Direktor des „Matin“, Schöller, erörtert. — Der Unterstaatssekretär der Militärgerichtsbarkeit J. J. J. erklärte, daß die Gerichtsbehörde verschiedene Fälle von Verleumdungen zur Druckererei und sogar Fällen zur Beeinflussung von Beamten, um für gewisse Personen Strafausschub zu erwirken, auf die Spur gekommen sei. Er ersuchte die Kammer, sich mit dieser Erklärung zufriedenzugeben. Es sei ihm unmöglich, weitere Einzelheiten über das schwebende Gerichtsverfahren bekanntzugeben, ohne die Gerichtsbehörden vorzugreifen.

Die Abg. Renaudel und Brausse widersprechen J. J. J. Verleumdungen, sich lediglich einer ihm unangenehmen Lage sich dadurch zu entziehen, daß er sich hinter das Amtsgeheimnis verschleiere. — Die Stimmung der Kammer erschien so feilsch erregt, daß Clemenceau es für nötig hielt, persönlich in die Debatte einzugreifen und die Vertrauensfrage zu stellen. Er erklärte, er halte sich und sein ganzes Kabinett für solidarisch mit J. J. J. Er sprach man ihm das Mißtrauen aus, so werde das ganze Haus zurücktreten. Unter großer Erregung wurde dann zur Abstimmung geschritten. Es wurden 276 Stimmen für und 137 gegen

die Regierung abgegeben. Ungefähr 120 Deputierte enthielten sich der Abstimmung.

Die Arbeiterschaft Italiens erwacht.

M. V. Bern, 12. Juni. Nach dem „Giornale d'Italia“ hat sich die politische Lage derart zugeipicht, daß eine Ministerkrisis nicht ausgeschlossen scheint. Orlando wird für Sonntag in der Hauptstadt erwartet. Am „Secolo“ kommt starke Beunruhigung zum Ausdruck. Der Verband der italienischen Industriellen richtet mit Rücksicht auf die Lebensmittelnot das dringende Ersuchen an die Regierung, alle bei der Militärverwaltung befindlichen Lebensmittelvorräte zu requirieren und sofort ohne Rücksicht auf die Kosten zu billigen Preisen auf den Markt zu bringen. Trotz aller Jugendkündnisse der Regierung hat der allgemeine Lehrstreik heute eingesetzt und sich besonders über Mailand, Bologna und Genua ausgedehnt.

Der Bewegung haben sich auch die höheren Beamten teilweise angeschlossen. Weiter droht ein Streik des Personals der Postagenturen. Aus dem ganzen Lande wird eine Verschärfung der Lage gemeldet. Nach dem „Avanti“ ist der Generalfreist nicht mehr fern. Besonders schwer scheinen die Zustände in Padua zu sein. Da die Zensur alle Berichte aus der Stadt unterdrückt, ist nichts Näheres zu erfahren. In Mailand streiken sämtliche Metallarbeiter. Die Arbeiter der großen Webereiverken, die 7000 Leute beschäftigen, sind bereits ausständig.

In Neapel dauert der Streik an. Zwischen Streikenden und Arbeitswilligen kam es zu Zwischenfällen.

Briefkasten der Redaktion.

H. Kappelrodt. Wir haben die famose Idee des Herrn Dernburg schon in ähnlichem Sinne, wie Sie es tun, behandelt. Sie finden den Artikel im heutigen Blatt. Für Ihre Zukunft deshalb besten Dank.

Verantwortlich für den Gesamtkont: Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Zentralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands.) Am Freitag den 13. Juni 1919 findet in der „Karlsruher“ eine Mitgliederversammlung statt. Infolge wichtiger Besprechung ist vollständiges Erscheinen der Mitglieder dringend erwünscht. 4201

Kue bei Durlach. (Sozialdem. Verein.) Am Sonntag den 15. Juni 1919, morgens punkt 10 Uhr, im oberen Säulchen zum Stieren Sitzung der Gemeindeverordneten-Fraktion. Das Erscheinen sämtlicher neu gewählten Gemeindevorordneten und Gemeindevorstände, sowie der Ausschussmitglieder ist dringend notwendig. 4173

Gaggenau. (Naturfreunde.) Monatsversammlung Freitag, den 13. Juni, abends 7/8 Uhr, im „Bad. Hof“. Herr Redakteur Schäfer aus Gaggenau wird einen wissenschaftlichen Vortrag halten. Da außerdem noch wichtige Angelegenheiten zur Sprache kommen, ist vollständiges Erscheinen erforderlich. Die festgesetzte Wanderung am Sonntag den 15. Juni fällt aus. Daher gemeinschaftliche Kletterübungen mit den Karlsruher Naturfreunden am Helsenmeer bei Baden-Baden. Treffpunkt: Wurgbrücke. Abmarsch 6 Uhr. Gäste willkommen. 4199 Die Ortsgruppenleitung.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe

Eheausgebote. Frh. Schuler von Liebolsheim, Geiger hier, mit Anna Armbruster geb. Giel von Singen. Josef Henning von Gernsbach, Malermeister hier, mit Emma Walzer von hier. Hans Ewald von hier. Maler hier, mit Vertha Sedid geb. Dantig von Bietlin. Karl Höger von Grünwettersbach, Kaufm. alda, mit Luise Eiel von hier. Herrn Neumann von Hühbeck, Verm.-Assistent hier, mit Elisabetha Stern von Bietlin. Josef Dörner von Stuppisch, Kantbeamter hier, mit Elsa Förster von hier. Heinrich Bender von Hoffenheim, Schmied hier, mit Mina Durr von hier. Wilhelm Barth von Bauer, Kaufmann in Freiburg, mit Luise Weiler von hier. Franz Koch von Stollhofen, Eisenbahnkassierer hier, mit Franziska Antoni v. Malisch.

Geburtszeugnisse. Wolfgang von Wed von hier, Hauptmann hier, mit Anna Freier von Verden. Lorenz Morgen von Weersburg, Maler hier, mit Emilie Morgen Wwe, geb. Endres von Friedingen. Josef Düver von Egen, Wäcker hier, mit Henriette Porzhat von Eipowen. Gustav Schopen von Mannheim, Photograph hier, mit Ernestine Weis von Bieschneureut. Geburten. Walter Eugen, Vater Dr. Karl Geh, Augenarzt. Lothar Herbert, Karl, Vater Hugo Walter, Musiker. Herbert, Vater Dr. Nob, Leitens-Rechtsanwalt. Eleonore, Barbara, Vater Joh. Zetisch, Fabrikdirektor. Theodor, Otto, Vater Josef Kerstl, Schreiner. Emil Wilhelm, Vater Emil Wipfel, Stadttagsknecht. Otto, Vater Gg. Zimmer, Zimmermann. Willi, Vater Leop. Effig, Bahnarbeiter. Gerda, Gisela, Vater Max Ullrich, Wäcker. Rudolf, Ernst, Vater Ad. Weisbrod, Wäcker. Fritz, Luise, Vater Ed. Fauth, Kollibote. Anita, Friede,

Vater Wilhelm Enderle, Dreher. Marg., Emma, Vater Heinrich Wagerl, Schreiner. Käthe, Vater Eduard Geise, Stellner. Gertrud, Anna, Vater Karl Schwarz, Kanalarbeiter. Maximilian, Herbert, Vater Max Ebert, Mathematiker. Herbert, Berner, Vater Joseph Daul, Monteur. Arthur, Vater Jos. Kammerlander, Bierbrauer. Willi, Otto, Vater Frh. Blantenhorn, Postkassierer. August, Josef, Vater Josef Bander, Schuhmann. Erich, Berta, Vater Joh. Reichmann, Inspektionsbeamter. Alfred, Helmut, Robert, Vater Joh. Dannheimer, Korrespondent. Lieselotte, Vater Wilh. Hgls, Kulturaufseher. Maria, Juliana, Vater Alfred Gader, Wäckermeister. Johanna, Katharina, Vater Ernst Stoddy, Verleger. Walter, August, Heinrich, Vater Gustav Schnäbele, Betriebsassistent. Willi, Walter, Vater Emil Aldrecht, Betriebs-Assistent.

Todesfälle. Karol, Nasser, alt 78 J., Witwe von Philipp Nasser, Schreinermeister. Wilh. Reite, Malchinist, Chem., alt 63 Jahre. Josef, alt 12 Jahre, Vater Jakob Weitenmoller, Bauwerkmeister. Gertrud Fuchs, alt 24 Jahre, Ehefrau von Otto Fuchs, Maler. Luise Welle, alt 36 Jahre, Ehefrau von Christian Welle, Tagelöhner. Ludwig Gros, Fritz, ledig, alt 37 Jahre. Ande, Ledermann, Schuhmacheremeister, Wittwer, alt 62 Jahre. Phil. Stäbele, Malch-Mechaniker, Chemann, alt 33 Jahre. Luise Hob, alt 33 Jahre, Witwe von Bernhard Hob, Schmied. Alois Wagner, alt 81 Jahre, Witwe v. Leopold Wagner, Hauptmann a. D. Max Hartmann, Maurer, Chemann, alt 40 Jahre. Marie Brenner, alt 33 Jahre, Ehefrau von Adam Brenner, Eisenbahnsekretär. Auguste Steiner, alt 78 Jahre, Witwe von Adam Steiner, geistl. Verwo ter. Emma Schulz, alt 65 J., Ehefrau von August Schulz, Kauf-

Volks-Buchhandlung

der sozialdemokratischen Partei
Karlsruhe, Adlerstr. 16.

Die Bedeutung der Marx'schen Kapital-Kritik

Eine Apologie des Christentums vom Standpunkte der Volkswirtschaftslehre und Rechtswissenschaft von W. Hohoff. Geb. Mk. 6.00. Porto 30 Pfg.

Winnlein Papier, 100 Sternennur 20.-M. frei Nachh. B. Noths, Geseh, 154 Vogt, 414 Z

Benzin oder Benzol. Kaufe jedes Quantum Benzin oder Benzol zu höchsten Preisen. 4181 Robert Weidner, Möbelschreiner, Langenals, Post Niersbach.

Seife darf keine werden, aber Bertreter welche täglich 50 Mark verdienen wollen, schreiben an Verkaufshaus „Athenania“ Schenkenszell (Baden).

Schöner Herd noch gut erhalten, zu verkaufen. Preis 40 Mark. Georg-Friedrichstr. 14, 5. Stod. 4178

2 Biegen, frischgemalte, preiswert zu verkaufen. 4184 Beierstein, Breitestr. 57, 2. Stod.

Mandolinen, Gitarren, Zithern werden fortwährend angekauft in Weintraubs An- und Verkaufsgesellschaft, Kronenstr. 52. Tel. 3747.

Daniels Konfektions-Haus Wilhelmstr. 34, 1 Tr. Voil-Tüll-Blusen Seiden-Moires-Seiden-Lüster-Voil-Seiden-Rips-Seiden-Eohlen-Seiden-Röcke Keine Ladenspesen.

Sanzstunden

jeweils Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr im Restaurant Kellenberger, Ede Wilhelm- und Werderstraße. Zu zahlreicher Beteiligung einladend 4202 hochachtend E. Stöhr.

Schöne braune Samtstiefel

jede Größe, sind eingetroffen bei Schölich, Mademiststraße 55, 2. St. Gebrauchte Küchen-Einrichtung billig zu verkaufen bei Wöhringer, Morgenstr. 3, 4. Stod, rechts.

Bürgermeisterstelle!

Die Stelle des Verfassungsbürgermeisters der Amtstadt Bühl (Baden) ist infolge anderweitiger Verurteilung des Stelleninhabers neu zu besetzen.

Für das Amt geeignete Bewerber werden gebeten, ihre Gesuche unter Angabe des Lebenslaufs und der Gehaltsansprüche bis zum 25. Juni ds. Js. hierher einzureichen.

Bühl (Baden), den 6. Juni 1919.
Bürgermeisteramt.
Dr. Wender. 4200

Gustav Billinger ehem. Stadttagsknecht. Nach längerem Leiden ist er am Mittwoch nachmittag, 58 Jahre alt, im städt. Krankenhaus friedlich entschlafen. Die Beerdigung findet morgen Freitag nachmittag 1/2 8 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes sage ich herzlichen Dank. Insbesondere danke ich der Volkswehr für die ehrenvolle Begleitung zur letzten Ruhestätte, sowie für die zahlreichen Kranzspenden. Karlsruhe, den 12. Juni 1919. Frau Marta Scherer, Wwe. 4187

10 Millionen
 Deutsche haben seit dem 17. Dezember
 vorigen Jahres, dem Tage der Zensur-
 freigabe des gewaltigen Prunkfilmwerks

OPIUM

dieses bewundert und immer neue
 Scharen zwingt es in seinen Bann.

Vorführung täglich ab 3 Uhr.

Palast-Lichtspiele

Herrenstrasse 11. Fernruf 2502.
 Letzte Vorstellung ca. 9-11 Uhr abends.

Colosseum.
 Ab 16. Juni
Blatzheim
 mit 4188
 seiner Gesellschaft.

Stadtgarten.
 Nur bei gutem Wetter.
 Donnerstag, den 12. Juni 1919, abends von
 7-1/2 bis 11 Uhr: 4188

**Volkstümliche
 Musik-Aufführungen**
 des
Orchester-Verein Karlsruhe
 Leitung: Kapellmeister Karl Krohne.
 Eintrittspreise wie bekannt, zugänglich 50 Luftballonsteuer.

Badisches Landestheater.
 Donnerstag, den 12. Juni 1919. 4194
 Donnerstagsmiete Nr. 35.

Erdgeist.
 Tragödie in 4 Aufzügen von Frank Wedekind.
 Anfang 7 Uhr. Ende nach 1/2 10 Uhr.

Städtisches Konzerthaus.
 Donnerstag, den 12. Juni 1919. 4195

Das verbotene Lied.
 (Der Freiheit eine Gasse.)
 Singspiel in 3 Akten von Dr. G. Quadenfeldt u. P. Hahl.
 Musik von Franz Werther.
 Anfang 7 Uhr. Ende 1/2 10 Uhr.

Bolkschauspiel Detigheim
 in der Gaststätte bei Rastatt.

**„Der Friede, Paradies
 und Brudermord“**
 4193

Aufführung: Jeden Sonntag
 vom 15. Juni ab, voraus-
 sichtlich bis Ende Juli,
 ferner am 19. Juni
 (Freitag) nach
 aufgroßartiger
 Natur Bühne
 im Walde.
 Geschützter Zuschau-
 eraum mit 4000 Plätzen.
 Spielbeginn 1/2 8 Uhr.
 Preise der Plätze:
 Stehpl. 1.-, Stuhlpl. 1.50 bis 5.-
 Gute Zugverbindungen f. Hin- u. Rückfahrt.
 Vorverkauf: Detigheim, Theaterbüro,
 Tel. 61 Rastatt, Karlsruhe: Zeitungs-
 Post 5, Hotel Germania, Tel. 600, Forst-
 heim: Buch- u. Musikalienhdlg. Müllers, Tel. 193.

Spätkrautjünglinge
 Rosenkohl, Winterkohl, Krot-
 kohl, Biefing und Zwiebel
 verkauft von 1 bis 4 Uhr
 nachm. in der Gärtnerei
 in der Wiesenstraße.
 Städt. Gartenamt
 Karlsruhe. 4182

Städt. Vierordtbad

Versch. Kurbäder:
 Halb-, Sitz-, Fuss- und
 Wechselbäder, Dus-
 schen, Wickel (Pak-
 kungen) u. Massagen,
 Dampf- u. Heissluft-
 kastenbäder etc.

Damenbadezeit: Mont-
 tag u. Mittwoch vor-
 mitt. v. 9 bis 1 Uhr
 und Freitag nachm.
 2 1/2 bis 7 1/2 Uhr.

Herrenbadezeit: Alle
 übrige Zeit, Sams-
 tags auch über die
 Mittagszeit geöffnet.
 An Sonn- u. Feiert-
 agen geschlossen. 4188

**ALA Chem.Fabrik AG
 Frankfurt a.M.**

**bester
 Schuh-
 Putz.**

Zentralbüro: Bockenheimer-Lästr. 19
 Tel. Ianus 1761/62, Hansa 7978.

**Verband der Gemeinde- und
 Staatsarbeiter, Filiale Karlsruhe.**
 Freitag den 13. Juni, abends 4 1/2 Uhr, sofort
 nach Arbeitsschluss, in der „Gewerkschafts-Zentrale“,
 Kaiserstraße 13

Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Mitteilungen der Ortsverwaltung.
 2. Wahl von Delegierten zur Gaukonferenz.
 3. Regelung der Beitragsfrage.
 4. Verschiedenes.
 Zu dieser außerordentlich wichtigen Versammlung
 sind sämtliche Kollegen höflich eingeladen. 4192

Die Ortsverwaltung,
 J. A. August Karcker.

**Herrensocken,
 leine Strohsäcke**
 nur prima Qualität
 keine Ersatz-Ware

Arthur Baer
 Kaiserstraße 133
 Eing. Kreuzstraße, 1 Treppe.

**Prima Stoff-
 Rucksäcke**
 mit breitem Leder-
 Riemen eingetroffen
 Stoffhandel
Geschwister Lämmle,
 51 Kronenstr. 51.
 Reparaturen in Klein-
 leberwaren werden an-
 genommen. 4089

Mandoline
 billigst abgegeben. 4152
Beiler, Hübschstraße 20.

**Stärke-
 Wäsche**
 besorgt in normaler
 Lieferzeit

**Dampfwalchanstalt
 Schorpp**
 Annahme-Stellen
 in allen Stadtteilen.
 8897

Achtung! Achtung!
Cariverträge
für Handel und Industrie.
 Die Cariverträge für Klein- und Großhandel, sowie
 Industrie, sind nunmehr abgeschlossen und können in
 unserer Geschäftsstelle, Erbprinzenstraße 17, abgeholt
 werden.
 Dortselbst wird auch jede nähere Auskunft gerne
 erteilt. 4190

**Zentralverband der Handlungsgehilfen
 Bezirk Karlsruhe.**
 Sprechstunden von 1 bis 5 Uhr. — Telefon 5068.

Kartonagen-Arbeiterinnen
 gelbt, für dauernd gesucht.

C. Viedgens & Sohn
 Scheffelstraße 53. 4180

Bledner u. Installateur
 wirkf. tüchtig und selbständig, kann bei dauernder
 Arbeit sofort oder später eintreten. 4180

Leonb. Baumann, Akademiestr. 16.

Arbeitsrat Werber für den Volksfreund.

Auskunftserteilung über Gebührenfragen.
 Entlassene Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften
 wenden sich sorgfältig unmittelbar an das Kriegsmini-
 stერი um Auskunft über Kriegsteuerungsanlagen,
 Entlassungs- bzw. Marschalgeber und sonstige Gebüh-
 ren zu erhalten. Diese Anfragen gehen beim Kriegs-
 ministerium in so großer Zahl ein, daß eine abschließende
 Bearbeitung und Auleitung an die zuständigen Dienst-
 stellen völlig unüberschaubar ist. Die Befriedigung
 berechtigter Ansprüche erleidet dadurch eine sehr uner-
 wünschte Verzögerung, die nicht im Interesse der An-
 tragssteller liegt.
 Das Generalkommando nimmt daher Veranlassung,
 nochmals darauf hinzuweisen, daß alle Eingaben und
 Gesuche wegen Kriegsteuerungsbezügen, Entlassungs-
 bzw. Marschalgeber sowie wegen sonstiger Gebühren
 unter genauer Bezeichnung des Truppenteils, bei dem
 der Anspruch auf diese Gebühren erwachsen ist, dem
 für den Wohnort des Gesuchstellers zuständigen Bezirks-
 kommando vorzulegen sind, welches für Weitergabe oder
 unmittelbare Erledigung verantwortlich ist. Alle für
 die Folge unmittelbar an das Kriegsministerium ge-
 richteten Anfragen und Gesuche solcher Art werden vom
 Kriegsministerium nicht mehr beantwortet werden.
 Hierzu wird noch bemerkt, daß es auch den Truppen-
 teilen, denen die eingereichten Anträge von den Bezirks-
 kommandos zugestellt werden, sehr oft nicht möglich
 sein wird, die Gesuche in kürzester Frist zu erledigen.
 Abgesehen von der Anhäufung der eingehenden Anträge
 bei den einzelnen Dienststellen, wird die Nachprüfung
 der erhobenen Ansprüche dadurch erschwert, daß der
 größte Teil der Formationen inzwischen aufgelöst ist,
 und das aus dem Felde zurückgegangene Material
 mangels eingearbeiteten Personals noch nicht endgültig
 geordnet werden konnte.

Den Antragstellern muß daher nahe gelegt werden,
 Geduld zu üben und von Drohungen usw. an die be-
 treffenden Abwicklungsstellen abzulassen; die Arbeits-
 freudigkeit dieser Stellen wird jedenfalls durch derartige
 Zuschriften nicht gestärkt.

Generalkommando 14. Armee Korps.
 Der Chef des Stabes:
 Köhrenbach, Oberstleutnant. 4041

Die Frist für die Aufstellung der Vermögensver-
 zeichnisse nach der Verordnung vom 13. Januar 1919
 (Reichsgesetzblatt, Seite 67) wird allgemein bis zum
 30. Juni verlängert. Steuerpflichtige, deren Vermögen
 weniger als 10000 M. beträgt, brauchen das Ver-
 mögensverzeichnis nicht aufzustellen. Bei Wertpapieren
 (auch bei Schulbuchforderungen) brauchen die Kurs-
 werte und Gesamtwerte nicht eingetragen zu werden;
 unter Nr. III, 1 und 2 des Verzeichnisses können also
 die mit „Kurswert“ und „Gesamtwert“ überschriebenen
 Spalten unausgefüllt bleiben. Sollten die Stücke der-
 selben Wertpapiergattung auf verschiedene Beträge, so
 genügt in der Spalte „Stückzahl“ die Eintragung ver-
 schiedener Stücke.“ In der Spalte Kennwert ist unter
 allen Umständen nicht der Kennwert der einzelnen
 Stücke, sondern der Gesamtwert der Papiere der be-
 treffenden Gattung anzugeben.
 Karlsruhe, den 10. Juni 1919. 4188
 Steuerkommissär Karlsruhe-Stadt.
 Steuerkommissär Karlsruhe-Land.

**Die Ernennung von Hilfsbeamten der Staats-
 anwaltschaft betreffend.**
 Auf Grund der Ermächtigung durch die Verordnung
 vom 7. März 1919, die Einrichtung der Kriminal-
 polizei nach der deutschen Gerichtsverfassung und Straf-
 prozedurordnung betreffend (G. V. S. 175) wurden
 durch Verfügung des Ministeriums der Justiz vom
 10. Mai 1919 die Mitglieder der Volkswehr Karlsruhe:

1. Adam Breshm aus Löffelbach, 2. Johann Ge-
 fähr aus Willenborn, 3. Wilhelm Weder aus Langen-
 heim, 4. Jakob Schaller aus Ruffach, 5. Wilhelm
 Bayer aus Brombach, 6. Wilhelm Scheinfurth aus
 Ogersheim, 7. Ludwig Meiner aus Leinfelden, 8. Karl
 Beck aus Lahr, 9. Robert Gerling aus Ettlingen,
 10. Karl Kern aus Karlsruhe, 11. Reinhold Fischer
 aus Emmendingen, 12. Jakob Erb aus Rorb., 13. Karl
 Herrmann aus Karlsruhe, 14. Josef Krumbart aus
 Karlsruhe zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft im
 Sinne des § 153 G. V. S. für den Amtsbezirk Karls-
 ruhe bestellt. D. J. 187

Karlsruhe, den 4. Juni 1919. 4198
 Bezirksamt — Polizeidirektion.

**Die Verleihung des Arbeiterinnenkreuzes
 betreffend.**
 Das Arbeiterinnenkreuz wird in Zukunft nicht mehr
 verliehen. Dagegen soll Personen, die bisher für die
 Verleihung in Frage kamen, schriftlich die Anerkennung
 des zuständigen Ministers ausgesprochen werden.
 Die Inhaber industrieller Betriebe des Amtsbezirks,
 welche in Betracht kommende Arbeiterinnen beschäftigten,
 wollen dieselben beim Bürgermeisteramt des Geschäfts-
 bezirks (in der Stadt Karlsruhe beim Bezirksamt) bis
 1. Juli d. J. namhaft machen.
 Die Urkunde ist nur für solche Arbeiterinnen be-
 stimmt, welche während einer langen Reihe von Jahren
 (im allgemeinen nicht unter 30 Jahren) in denselben
 in Baden befindlichen industriellen Betriebe gearbeitet
 haben, sich eines guten Rufes erfreuen und wegen
 ihrer Zuverlässigkeit und Rechtschaffenheit einer beson-
 deren Auszeichnung würdig erscheinen.
 Karlsruhe, den 4. Juni 1919.
 4197 Bezirksamt. D. J. 188

Pferdebestellung in Brandfällen.
 Alle Pferdebesitzer werden unter Hinweis auf § 7
 Ziffer c der Feuerlöschordnung für die Stadt Karls-
 ruhe hierdurch aufgefordert, im Falle eines Feuer-
 alarms ihre zur Verfügung stehenden Pferde nach
 dem nächstgelegenen Feuerhaus zu entsenden,
 für die Dauer der Hilfeleistung wird die ordnungsmäßige
 Veranlagung gewährt. Außerdem werden für die am
 schnellsten an den Feuerhäusern eintreffenden Pferde
 besondere Prämien bezahlt.
 Diese betragen:

für das erste Pferd	7.50 M.
für das zweite Paar Pferde	15.—
für das dritte Pferd	5.—
für das vierte Paar Pferde	10.—
für das fünfte Pferd	4.—
für das sechste Paar Pferde	8.—
für das siebte Pferd	2.50
für das achte Paar Pferde	5.—
für das neunte, zehnte, elfte u. zwölfte Pferd	je 2.50

Es werden benötigt:

am Feuerhaus, Ziffer 6	5 Paar Pferde
„ „ „ Ziffer 5	5 „ „
„ „ „ Leopoldschule	2 „ „
„ „ „ Rebenstschule	2 „ „
„ „ „ Mühlburgerstraße	3 „ „

Die Pferdebesitzer machen sich durch Nichtbefolgung
 dieser Aufforderung nach § 114 Ziffer 4 des Badischen
 Polizeistrafgesetzes und der §§ 300^a und 388 Ziffer 8
 des Reichsstrafgesetzes strafbar.
 Karlsruhe, im März 1919. 2128
 Der Stadtrat.

Kartoffel-Versorgung.
 Von Donnerstag, den 12. Juni d. J. ab
 werden die Kartoffeln zum Preis
von 30 Pfg. für das Pfund
 abgegeben. Die Kartoffel-Verkaufsstellen sind an-
 gewiesen, zuerst die laufenden Kartoffelmengen mit
 25 Pfund für 8 Wochen einzulösen. Vom 16. Juni
 ab können die Restbestände „markenfrei“ verkauft
 werden. Die Markennhaber erlauben sich wiederholt,
 ihren Bedarf bis zu diesem Zeitpunkt einzulösen, da
 nach Erschöpfung der Vorräte bis zur neuen Ernte
 keine Kartoffeln mehr abgegeben werden können.
 Karlsruhe, den 12. Juni 1919.
 Städt. Kartoffelamt. 4193

Weißer Käse.
 Verkauf von weichem Käse Mittwoch, den 11. bis
 Samstag, den 14. Juni 1919 in den Fettverkaufsstellen
 Nr. 208 bis 214 einschließlich an die dort einge-
 tragene Kaufschaft gegen die Warenkarte J. Nr. 113.
 Kopfmenge 1/4 Pfund; Preis M. 1.— für das Pfund.
 Karlsruhe den 11. Juni 1919. 4184
 Rabruamittelamt der Stadt Karlsruhe